

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

38. Sitzung
12. August 2019

Beginn: 10.05 Uhr
Schluss: 13.11 Uhr
Vorsitz: Martin Trefzer (AfD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Dr. Hans-Christian Hausmann (CDU) fragt den Senat:

Ist es zutreffend, dass sowohl die Freie Universität als auch die Humboldt-Universität aufgrund der Entscheidung, im Exzellenzwettbewerb des Bundes und der Länder im Verbund anzutreten, die Berechtigung, sich auch weiterhin als Exzellenz-Universität bezeichnen zu dürfen, verloren haben und wenn ja, wie bewertet der Senat dies?

Regierender Bürgermeister Michael Müller erklärt, es lägen keinerlei Hinweise in diese Richtung vor. In dem Wettbewerb seien die Berliner Universitäten als Verbund von Exzellenz-Universitäten angetreten, und es werde davon ausgegangen, dass sie sich weiterhin auch einzeln als Exzellenz-Universität bezeichnen dürften.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 1 der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Regierender Bürgermeister Michael Müller verweist auf die Presseberichterstattung während der parlamentarischen Sommerpause zum Berliner Institut für Gesundheitsforschung – BIG –. Nach langwierigen Verhandlungen sei es gelungen, eine Verwaltungsvereinbarung zu schließen, mit der das BIG dauerhafte finanzielle Förderung des Bundes erhalte. Im Weiteren sei das gute Abschneiden der Berliner Universitäten als Exzellenzverbund im Exzellenzstrategie-Wettbewerb des Bundes zu nennen.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 2 der Tagesordnung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/2020

[0080](#)
WissForsch
Haupt(f)

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Haushaltsgesetz 2020/2021 – HG 20/21)

Hier: Einzelplan 03 – Kapitel 0330, 0340 und 0391
sowie

Kapitel 1250: Maßnahmegruppe 03 –
Hochbaumaßnahmen Regierende
Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister

– Vorabüberweisung –

– 1. Lesung –

Vorsitzender Martin Trefzer weist auf die vereinbarten Regularien für die Haushaltsberatungen hin – [siehe hierzu im Einzelnen Beschlussprotokoll] –.

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE) beantragt namens der Koalition, Kapitel 0330 – Wissenschaft sowie Kapitel 0340 – Forschung zur zweiten Lesung in Gänze zurückzustellen.

Auf die Bitte von **Markus Klaer** (CDU) um Begründung dieses Antrags antwortet **Tobias Schulze** (LINKE), damit wolle man das Verfahren vereinfachen. Es seien Veränderungen der Ansätze und entsprechende Gegenfinanzierungsvorschläge beabsichtigt, und so könne vermieden werden, lange Listen vorzulegen.

Vorsitzender Martin Trefzer schlägt vor, die Besprechung der Hochbaumaßnahmen – Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen – Hochbau – vorzuziehen, um die anwesenden Mitglieder der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen nicht wegen eines einzigen Berichtsauftrages bis zum Ende der Sitzung warten zu lassen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Einleitende Stellungnahmen

Regierender Bürgermeister Michael Müller weist eingangs darauf hin, dass den Haushaltsberatungen im Senat intensive Gespräche zugrunde gelegen hätten, da die finanziellen Puffer, die es in den vergangenen Jahren gegeben habe, in dieser Höhe nicht mehr zur Verfügung stünden. Trotz der Verteilungskämpfe, die alle Ressorts geführt hätten, sei es wieder gelungen, sowohl Planungssicherheit zu erreichen als auch einen kontinuierlichen Aufwuchs darzustellen, sodass die Institutionen seines Zuständigkeitsbereiches in den nächsten Jahren gut arbeiten könnten. Darüber hinaus habe man aber auch zusätzliche Akzente setzen und Wissenschaft und Forschung in bestimmten Bereichen noch sichtbarer machen können.

Von herausragender Bedeutung sei der Exzellenzwettbewerb bzw. die Exzellenzstrategie, wobei die sieben Exzellenzcluster mit einem Fördervolumen in Höhe von 350 Mio. Euro sowie eine voraussichtliche Förderung in Höhe von 196 Mio. Euro für die nächsten sieben Jahre, die aus dem letzten Schritt der Exzellenzstrategie zu erwarten seien, ein großer Erfolg seien. Es sei selbstverständlich und auch entsprechend abgebildet, dass das Land Berlin 25 Prozent der Fördersumme für die Exzellenzallianz tragen werde. Zusätzlich würden über die Einstein-Stiftung landesseitig 6 Mio. Euro für die Berlin University Alliance vorgesehen. Es würden weitere Kooperationsmöglichkeiten wie zum Beispiel mit Oxford berücksichtigt und in den nächsten Jahren inhaltlich sowie finanziell begleitet.

Auf Bundesebene seien die Verhandlungen zu den drei Wissenschaftspakten zu nennen. Die Fortsetzung des Hochschulpaktes 2020 sei für das Land Berlin von herausragender Bedeutung. Berlin habe in der Vergangenheit eine große Anzahl zusätzlicher Studienplätze zur Verfügung gestellt. Hierfür habe das Land in den letzten Jahren erhebliche Bundesmittel erhalten. Mit der Weiterentwicklung des Hochschulpaktes und seiner Verstetigung seien von Bund und Ländern eine verlässliche Grundlage für gutes Studium und bessere Arbeitsbedingungen an den Hochschulen geschaffen worden. Der Haushaltsplanentwurfs 2020/2021 beinhalte auch die im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation vereinbarte Steigerung der Haushalte der großen Forschungsinstitutionen um jährlich 3 Prozent. So würden die finanziellen Auswirkungen des neuen Paktes, der erstmals nicht über fünf, sondern über zehn Jahre laufe, in die Haushaltsentwürfe und Finanzplanungen für die Jahre 2021 bis 2030 aufgenommen. Die Fortführung des Paktes über einen Zeitraum von zehn Jahren bedeute für die großen Forschungsinstitutionen ein bisher nie gekanntes Maß an Planungssicherheit. Er weise darauf hin, dass Berlin aus den Bundespakten heraus die höchsten Nettozuflüsse der Gemeinschaftsfinanzierung erhalte. Dies bedeute, dass das besondere Engagement Berlins auch entsprechend gewürdigt werde.

Einige Beispiele, die vom Land Berlin allein zu verantworten seien: Es flössen jeweils 4 Mio. Euro zusätzlich zu der bereits in den Hochschulverträgen vereinbarten 3,5-prozentigen Steigerung für die Berliner Hochschulen, die im Zusammenhang mit der Beschäftigung von studentischen Hilfskräften stehe. Es werde derzeit darüber nachgedacht, wie dieser Mitteleinsatz konditioniert werden könne. Das heiße, es müsse ein Nachweis erbracht werden, dass diese zusätzlichen Mittel auch wie bezweckt eingesetzt würden. Die im Entwurf genannten Zuschüsse für die konfessionellen Hochschulen sähen ebenfalls eine deutliche Erhöhung vor. Gegenüber dem Haushaltsansatzes des Jahres 2018 steige der Zuschuss bis zum Jahr 2021 um 25 Prozent auf 14,1 Mio. Euro. Dies sei ressortübergreifend von besonderer Bedeutung, da

hierdurch z. B. vermehrt Studienplätze im Bereich Soziale Arbeit und Kindheitspädagogik angeboten werden könnten und somit dem Fachkräftemangel in diesen Bereichen begegnet werden könne. Das Land Berlin wolle ebenfalls den Zuschuss an das Studierendenwerk erhöhen. Der Zuschuss betrage für das Jahr 2020 13 Mio. Euro, was eine Steigerung um 1,5 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr bedeute, und im Jahr 2021 sodann 14 Mio. Euro. Insgesamt bedeute dies einen gut 20-prozentigen Aufwuchs gegenüber dem Haushaltsansatzes 2019.

Zu den baulichen Investitionsmitteln: Insgesamt stünden für den Zeitraum 2017 bis 2030 3,35 Mrd. Euro über den Investitionspakt Wissenschaftsbauten zur Verfügung. In dem Zusammenhang gebe es diverse Einzelmaßnahmen, von denen er die Kooperation zwischen Charité und Deutschem Herzzentrum herausgreifen wolle, die auch in der Finanzplanung eine Rolle spiele. Diese geplante Kooperation sei mit einer baulichen Weiterentwicklung verbunden, die jedoch bis zum Jahr 2021 noch nicht zum Tragen kommen werde. Es seien Mittel für das Jahr 2023 – dem beabsichtigten Baubeginn – in der Finanzplanung vorgesehen, wobei von einer Summe in Höhe von knapp 400 Mio. Euro ausgegangen werde. Davon würden 100 Mio. Euro vom Herzzentrum bereitgestellt; die restlichen Mittel müssten vom Land Berlin dargestellt werden. Bereits in diesem Jahr und weiter in den nächsten zehn Jahren werde die Sanierung des Museums für Naturkunde von besonderer Bedeutung sein. Berlin sei erfreut über das Engagement des Bundes bei dieser baulichen Infrastrukturmaßnahme. Dies bedeute aber auf der anderen Seite, dass Berlin innerhalb der nächsten zehn Jahre Landesmittel in Höhe von rund 300 Mio. Euro zur Verfügung stellen müsse. Auch der Gebäudebestand des Botanischen Gartens weise einen hohen Sanierungsbedarf auf. Dies gelte insbesondere für das denkmalgeschützte Mittelmeerhaus. Im Entwurf des Doppelhaushalts 2020/2021 sei die Sanierung mit Gesamtkosten in Höhe von 18 Mio. Euro vorgesehen.

Abschließend wolle er auf eine Schwerpunktsetzung im Bereich der Digitalisierung aufmerksam machen. In diesem Bereich wolle und werde man weiter Vorreiter sein. Zu Recht trage Berlin den Titel, Start-up- und Digitalhauptstadt zu sein, und es sei richtig und wichtig, hier weiter zu investieren. Herausgreifen wolle er als Beispiel, dass die Charité im Bereich der Digitalisierung unterstützt werde. Hierfür seien jährlich konsumtive Mittel in Höhe von 7,5 Mio. Euro vorgesehen. Davon seien jährlich 2,5 Mio. Euro für die Digitalisierung der direkten Kooperation von Charité und Vivantes vorgesehen. Zur Ablösung der bisherigen IT-Zentren sei die Errichtung eines standortübergreifenden IT-Zentrums geplant, wofür bis einschließlich 2021 nochmals 6,3 Mio. Euro zur Verfügung stünden. Die Digitalisierungsstrategie reihe sich in größere Programme ein. Mit dem Forschungsförderprogramm „Wissen für Berlin“ stelle das Land Berlin ab dem Jahr 2020 die Bearbeitung der vielfältigen Wissensbedarfe der Stadtgesellschaft in den Mittelpunkt. Hiermit sollten Forschungsprojekte für konkrete Bedarfe der Stadt in den Bereichen sozialer Zusammenhalt, Mobilität, Integration, Digitalisierung, Sicherheit, Ökologie und Wohnraum unterstützt werden. Hierbei handele es sich um Themen, die man allesamt unter der Überschrift Smart City und gutes Zusammenleben in der Stadt subsumieren könne. Das Finanzvolumen betrage für das Jahr 2020 1 Mio. Euro, für das Jahr 2021 1,75 Mio. Euro.

Er hoffe, es werde gemeinsam gelingen, mit der Verabschiedung des Haushaltes deutlich zu machen, welche große Bedeutung Wissenschaft und Forschung in den nächsten Jahren für die gesamte Berliner Entwicklung hätten. Er hoffe darüber hinaus, dass die gewählte Schwerpunktsetzung seitens des Parlaments mitgetragen werde. Die bereits erreichte Basis biete großes Potenzial, zusätzliches Personal, zusätzliche Investitionen und zusätzliches Wissen in die

Stadt zu holen, mit denen wiederum über Berlin hinaus wichtige Impulse gesetzt werden könnten und mit denen Berlin immer mehr zu einer der wichtigsten europäischen Wissens- und Forschungsmetropolen werden könne.

Adrian Grasse (CDU) stellt eingangs fest, dass Berlin im Wissenschafts- und Forschungsbereich zweifelsohne sehr gut aufgestellt sei. Man sei sehr stolz auf die Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die seit Jahren herausragende Arbeit leisteten, die Anerkennung und Unterstützung verdiene. Selbstverständlich müsse sich dies auch in der finanziellen Unterstützung niederschlagen, damit der Hochschul- und Forschungsstandort Berlin auch langfristig – und dies nicht nur national – wettbewerbsfähig bleibe und weiterhin eine Vorreiterrolle eingenommen werde. Der vorliegende Haushaltsentwurf enthalte aus Sicht der CDU durchaus gute Ansätze. Eine abschließende Bewertung behalte man sich allerdings für die zweite Lesung vor, nachdem die heutigen Berichtsanträge abschließend verhandelt worden seien.

Gerade in jüngster Zeit seien im Wissenschafts- und Forschungsbereich einige Entscheidungen gefallen, die Berlin in den kommenden Jahren erhebliche Zuschüsse seitens des Bundes sicherten. Mit der Verabschiedung der drei Wissenschaftspakte und dank des erfolgreichen Abschneidens der drei Berliner Universitäten im Exzellenzwettbewerb flössen zusätzliche Fördermittel nach Berlin, die den Hochschulen und Forschungseinrichtungen Handlungsspielraum verschafften und Potenziale freisetzen könnten. Zum erheblichen Teil handele es sich dabei um Mittel, die dazu beitrügen, die Zukunftsfähigkeit Berlins als Innovationsstandort zu sichern. Gerade die Exzellenzstrategie sei für die Berliner Universitäten von enormer Bedeutung, sowohl wegen der mit dem Wettbewerb verbundenen Bundeszuschüsse als auch wegen der internationalen Sichtbarkeit, die sich aus dem Status einer Exzellenzuniversität ergebe. Seine Fraktion wolle deshalb im Rahmen der Haushaltsberatungen erfahren, welche Pläne der Senat zur Stärkung der Berliner Universitäten im Rahmen des Exzellenzprogramms verfolge, wo die zukünftigen Schwerpunkte lägen und wie die entsprechenden Maßnahmen finanziell unterlegt seien.

Berlin sei nach wie vor einer der beliebtesten Studienstandorte Deutschlands. Nachdem die Berliner Hochschulen in den vergangenen Jahren einen enormen Aufbau von Studienplätzen geleistet hätten, gelte es aus Sicht seiner Fraktion verstärkt, in Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium zu investieren. Zu guten Rahmenbedingungen zählten nicht nur ein entsprechendes Arbeitsumfeld, sondern auch die notwendige Infrastruktur, sowohl für die Wissenschaftler und Forscher als auch für die Studierenden. Der Sanierungsbedarf sei an den Hochschulen lange unterschätzt worden. Auch hinsichtlich der Investitionen in die Charité – Universitätsmedizin – bestehe großer Nachholbedarf. Wenn der Vorstandsvorsitzende der Charité davon spreche, dass die Situation an allen Standorten nicht mehr tragbar sei und man Gefahr laufe, Teile der Krankenversorgung schließen zu müssen, müsse dies Mahnung genug sein, Zusagen für weitere Investitionen einzuhalten. Deswegen werde man sich im Rahmen der Haushaltsberatung auch mit diesem Themenkomplex befassen müssen.

Auch beim Bau von studentischen Wohnheimplätzen bestehe dringender Handlungsbedarf – die Wartelisten würden immer länger. Es sei nicht zufriedenstellend, dass von den einst angekündigten zusätzlichen 5 000 Wohnheimplätzen bis zum Jahr 2020 bisher erst 734 fertiggestellt seien. Auf diesen Umstand sei bereits mehrfach hingewiesen worden, und dies werde im Rahmen der Haushaltsberatung nochmals geschehen. – Auch die Situation der studentischen Beschäftigten im nichtwissenschaftlichen Bereich der Hochschulen bedürfe einer Klärung.

Die im Haushaltsplanentwurf vorgesehene Bezuschussung sei aus Sicht der CDU nicht geeignet, die Hochschulen für die bereits entstandenen Mehrkosten und Unsicherheiten zu entschädigen. – Ein weiteres wichtiges Feld sei die Forschungsförderung von Zukunftstechnologien, insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz. In diesem Bereich böten sich viel Potenzial, das noch nicht ausreichend genutzt werde. Investitionen seien erfreulich, es sei jedoch wenig zielführend, in unterschiedliche Richtungen Mittel zu verteilen, ohne dass die Maßnahmen untereinander abgestimmt, Akteure vernetzt und Kompetenzen gebündelt würden.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) lenkt den Blick darauf, dass die diesjährigen Haushaltsberatungen in einer Zeit stattfänden, in der die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die weitere Entwicklung sowohl des regionalen Zusammenlebens als auch die Lösung der Probleme einer wachsenden Stadt sowie der globalen Probleme so wichtig wie noch nie sei. Dazu trage auch die öffentliche Wahrnehmung bei, insbesondere durch die Aktionen „Fridays for Future“ und „Scientists for Future“ und die einhergehenden Debatten. Die entscheidenden Schwerpunkte des Haushalts seien bereits vom Regierenden Bürgermeister angesprochen worden. Nach Vorliegen der Berichtsaufträge werde man sich gewiss noch mit verschiedenen Themen auseinandersetzen.

An dieser Stelle wolle sie rückblickend auf die Verhandlungen über die Zukunftspakte sowie bezüglich der Berliner Exzellenzstrategie für die hervorragenden Ergebnisse danken, die in dem Zusammenhang erzielt worden seien. Ohne die Mittel, die aus den verschiedenen Fördermaßnahmen des Bundes nach Berlin flössen, sähe die Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Berlin deutlich ärmer aus. – Eine große Aufgabe seien die erforderlichen Investitionsmaßnahmen. Hier lägen erstmalig verlässlichere Zahlen vor. In der mittleren Finanzplanung werde in diesem Bereich sehr viel Geld fließen; auch hierfür danke sie. – Mit dem Verbundantrag der Universitäten im Rahmen des Exzellenzwettbewerbs sei ein neuer Weg beschritten worden, der die Berliner Wissenschaft und Forschung weit nach vorne bringen werde, indem die einzelnen Teile in ihrer Vielfalt erhalten blieben, aber eine vertiefte Zusammenarbeit der Universitäten angestrebt werde. Sie sei überzeugt davon, dass diese Zusammenarbeit rückblickend als beispielgebend und zukunftsweisend betrachtet werde.

Martin Trefzer (AfD) stimmt eingangs der Einschätzung zu, dass sich der Wissenschafts- und Forschungsstandort Berlin alles in allem in den letzten Jahren positiv entwickelt habe; viele dieser Entwicklungen könne man auch in dem vorliegenden Haushaltsentwurf ablesen. Selbstverständlich trage seine Fraktion sinnvolle Projekte wie die erwähnte Integration des BIG in die Charité, die Fortentwicklung der Einstein-Stiftung oder den Ausbau des Naturkundemuseums mit. Die vom Senat in der letzten Woche verabschiedete Finanzplanung für die Jahre 2022 und 2023 lasse jedoch erkennen, dass die Spielräume enger würden; dies zeichne sich bereits in dem kommenden Doppelhaushalt ab. Als grundsätzliches Problem komme hinzu, dass die Grundfinanzierung von Hochschulen und exzellenter Forschung in Berlin immer stärker auf Zuweisungen aus dem Bund angewiesen seien: So sehr die neuen Hochschul- und Forschungspakte sowie die Exzellenzentscheidung ein Erfolg für den Wissenschaftsstandort Berlin seien, dokumentierten sie auf der anderen Seite eine zunehmende Abhängigkeit Berlins von Bundesmitteln. Dabei sei das „Füllhorn“ der Bundesmittel auch eine Gefahr für die föderale Struktur der Wissenschaftslandschaft.

Gerade vor dem Hintergrund eines schwieriger werdenden wirtschaftlichen Umfeldes könne Berlin sich nicht darauf verlassen, auch zukünftig Mittel in ähnlicher Höhe zu erhalten. Man

müsse bereits jetzt damit beginnen, Vorsorge zu treffen, um die Hochschulen auch in Zukunft auskömmlich ausstatten zu können. Dabei führe kein Weg daran vorbei, den Hochschulen den Weg zu mehr eigenständigen Einnahmemöglichkeiten freizumachen, die sie unabhängiger vom Bund und der Steuersituation des Landes machten. Dies wäre auch im Sinne der Hochschulautonomie. Aus Sicht seiner Fraktion sei in dem Zusammenhang die verbindlichere Aktivierung von Alumnis ein zentraler Gesichtspunkt. Hierfür kämen zwei Ansatzpunkte infrage, der eine wäre die Entwicklung und Förderung eines Stiftungssystems an den Berliner Hochschulen, angestoßen durch eine Anschubfinanzierung, der andere wären nachgelagerte Studiengebühren, damit sich Akademiker, die in ihren Berufen erfolgreich seien, ihr Studium nicht von Nichtakademikern wie beispielsweise Mauern finanzieren ließen. Dies halte er für eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Nachgelagerte Studiengebühren brächten den Hochschulen zusätzlichen finanziellen Spielraum.

Ein weiterer zentraler Punkt, der die Qualität von Forschung und Lehre langfristig erheblich tangiere, sei die Wissenschafts- und Forschungsfreiheit am Standort Berlin. Noch nähme der Wissenschaftssenator und Regierende Bürgermeister die Mahnungen der Opposition in dem Zusammenhang nicht ernst. Die Universitäten bräuchten auch in Zukunft die notwendige Freiheit, um Forschungsthemen unabhängig von der Politik durchsetzen zu können. Er erinnere in diesem Zusammenhang an die Mahnungen des Hochschulverbandes bezüglich eines sich zunehmend verengenden Meinungskorridors an den Hochschulen sowie einen Artikel in der Zeitschrift „Cicero“ vom Juni des Jahres. Die von der Koalition geplante Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes – BerlHG – werde seiner Ansicht nach zum Lackmustest, wie ernst es die Koalition mit der Wissenschaftsfreiheit meine bzw. wie weit die Koalition die Politisierung der Hochschulen treiben wolle. Der Bericht der Arbeitsgruppe Demokratische Hochschule lasse leider nichts Gutes erwarten. Es stehe zu erwarten, dass die Novelle des BerlHG zu einem Einfallstor für eine weitere Politisierung der Hochschulen von oben werde. Aktuelles Beispiel in dem Zusammenhang sei der Antrag der Koalitionsfraktionen zum Umgang mit dem kolonialen Erbe Deutschlands. Es sei erschreckend, in welche Richtung agiert werde. Verschwindend kleine Interessengruppen sollten Einfluss auf die Curricula und die Inhalte der Forschung nehmen. Dies hielte er für die Freiheit der Wissenschaft und Forschung in Berlin für brandgefährlich. Die Folge einer solchen Politik sei sehr gut in einem Artikel in der „FAZ“ vergangene Woche beschrieben worden. Der Artikel zeige seiner Meinung nach, wie unter dem Druck des von der Senatskanzlei entfachten „Exzellenz-Rummels“ auf der einen Seite und dem Druck linker Aktivisten auf der anderen Seite in den universitären Gremien einer freien und unabhängigen Forschung der Garaus gemacht werde.

Aus Sicht der AfD reiche es nicht aus, sich auf den gegenwärtigen Erfolgen Berlins als Wissenschafts- und Forschungsstandort auszuruhen. Es müssten jetzt die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft gestellt werden. Neben der Autonomie der Hochschulen und der Absicherung der Einnahmehasis spiele dabei die Freiheit von Wissenschaft und Forschung eine zentrale Rolle. Die AfD-Fraktion werde mit ihren Berichts- und Änderungsanträgen einen Beitrag für eine positive Entwicklung leisten.

Tobias Schulze (LINKE) nimmt auf seinen Vorredner Bezug und mutmaßt, dass die AfD-Fraktion – dies ließen die Fragen zum Haushaltsplanentwurf erkennen – einen Antrag stellen werde, die Mittel der Gender-Forschung deutlich zu kürzen oder gar in Gänze einzustellen. Dass sich eine Partei, die ein ganzes Wissenschaftsfeld zerschlagen wolle, als Partei der Wissenschaftsfreiheit darstelle, könne er nicht nachvollziehen.

Seine Fraktion sei insbesondere über die Planungssicherheit erfreut, über die die Hochschulen verfügten. Hierbei seien die fünfjährigen Hochschulverträge, der Investitionspakt und die Bund-Länder-Vereinbarungen zu nennen. Genau diese Sicherheit trage zur Wissenschaftsfreiheit bei: Dies spiegele sich in dem vorliegenden Doppelhaushalt wider und bedeute das Gegenteil von politischer Einflussnahme. Die Hochschulen in Berlin verfügten über Globalbudgets, d. h. sie bekämen jedes Jahr eine fixe Summe an Mitteln und könnten darüber verfügen, ohne dass die Politik nennenswerten Einfluss nehme. Bezüglich des Hinweises auf eine Abhängigkeit von Bundesmitteln: Angesichts der Tatsache, dass der Bund der größte Drittmittelgeber in Deutschland sei, wäre es völlig unsinnig, sich an der Ausschüttung dieser Mittel nicht zu beteiligen – bei aller Kritik, die man an einem Ausufern des Drittmittelbereiches haben könne und solle. Diese Mittel würden in der Regel nach qualitätsgeleiteten Verfahren ausgegeben. Der Erfolg in solchen Drittmittelverfahren sei Ausweis für die Qualität Berliner Hochschulen und stelle eben gerade keine Abhängigkeit vom Bund dar. Es gebe ein gemeinsames Bund-Länder-System an Wissenschaftsfinanzierung. Nach Auffassung der Fraktion Die Linke wäre es angebracht, wenn der Bund in dem Zusammenhang eine noch größere Rolle spielte. Insofern sei man erfreut, dass Berlin über den Hochschulpakt seinen Aufwuchs an Studienplätzen finanziert bekomme.

Seine Fraktion wolle das Thema Gute Arbeit in den Mittelpunkt stellen und den Aufbau von Kapazitäten nicht, wie in der Wissenschaft lange üblich, über prekäre Beschäftigungsverhältnisse erreichen, sondern auch im Mittelbau und in den unteren Bereichen der Karriereleiter gute Arbeitsverhältnisse schaffen. Dafür seien mit dem Hochschulverträgen bereits gute Grundlagen geschaffen worden, und die Novelle des Hochschulgesetzes genauso wie der vorliegende Doppelhaushalt würden weiter dazu beitragen. Er sei erfreut, dass zusätzlich 4 Mio. Euro für die studentischen Beschäftigten im Haushalt hätten verankert werden können. Er erwarte und gehe davon aus, dass die Hochschulen dieses Geld dafür nutzen, den Forderungen der Gerichten nachzukommen und diese Beschäftigtengruppe in den TV-L einzustufen.

Der Regierende Bürgermeister habe in seinem Eingangsstatement das Forschungsförderprogramm „Wissen für Berlin“ angesprochen. Es sei das erste Mal seit Langem, dass Berlin ein eigenes Forschungsförderprogramm auflege. Dieses Programm stelle auf die Bedarfe der wachsenden Stadt ab, was eine Besonderheit darstelle und sehr gut zu Berlin als Wissenschaftsstandort passe. Die Hochschulen erhielten mit diesem Förderprogramm die Möglichkeit, Forschungsfragen zu beantworten, die sich mit der Stadt als wachsende Metropole beschäftigten. Ihm sei bekannt, dass viele Forscher mehr für die Stadt erforschen und sich mehr engagieren wollten, ihnen hierfür jedoch häufig Zeit sowie die finanzielle Kapazitäten fehlten.

Zu dem Komplex Einnahmen der Hochschulen bzw. Studiengebühren: Das Argument, dass Maurer oder Krankenschwester dem Arztsohn das Studium finanzieren müssten, sei unsinnig. Wenn ein gerechtes Steuersystem mit entsprechender progressiver Steuerkennlinie vorliege, sei dies genau umgekehrt – dann finanziere der Arzt mit seinem Steueraufkommen das Studium der Krankenschwester, die sich zukünftig auch akademisch ausbilden lassen werde. Bei einem gerechten Steuersystem sei das Wissenschaftssystem das erste, das von einem sozialen Umverteilungsmechanismus zugunsten der bisherigen Nichtakademiker profitiere.

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE) schließt sich den Ausführungen ihres Vorredners an. Durch die Berichtsanträge, die die AfD formuliert habe, ziehe sich der Wunsch nach „Ober-

Controlling“, den sie nicht nachvollziehen könne. Dass dies dann als Wissenschaftsfreiheit ausgewiesen werde, finde sie erschreckend, genauso wie die soeben getätigten Bemerkungen hierzu. – Sie schließe sich ebenso den Hinweisen ihrer Koalitionspartner bezüglich der positiven Entwicklungen an. Berlin habe im Bereich Forschungsförderung, Exzellenz, aber auch beim Museum für Naturkunde die Möglichkeit, vieles zu erreichen. Berlin habe bestmögliche Voraussetzungen in Bezug auf die kommenden zwei Jahre.

Einzelberatung

Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Hochbau –

Maßnahmegruppe 03 – Hochbaumaßnahmen Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister

Titel 70618 – Ausbau des Campus Schöneweide

Frage Nr. 97, Fraktion der CDU

Zur Finanzierung welcher Maßnahmen waren die für 2019 angesetzten Mittel vorgesehen? Wie viele Mittel sind im laufenden Jahr abgeflossen?

Wie sind die aktuellen Pläne zum Ausbau des Campus Schöneweide?

Ralf-Burkhard Hammelbeck (SKzl) erklärt, die angesetzten 100 000 Euro seien unter anderem für eventuelle Klagen und Honorare aus der Gewährleistung vorgesehen. Es seien bisher keine Ausgaben erfolgt.

Adrian Grasse (CDU) wünscht für seine Fraktion einen schriftlichen Bericht hierzu.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Einzelplan 03 – Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister

Kapitelübergreifende Fragen:

Änderung des BerlHG im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes (Drs. 18/2019)

Frage Nr. 1, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche finanziellen Auswirkungen verspricht sich der Senat von der Änderung des Rückmeldeverfahrens? Welche Alternativen hierzu wurden geprüft? Welche Annahmen über die nicht-Anmeldung von Wohnsitzen liegen der Verfahrensänderung zugrunde? Wie definieren die Berliner Hochschulen ihre Einzugsbereiche?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) weist darauf hin, dass Berlin derzeit über mehr als 195 000 Studierende verfüge – 50 000 bis 60 000 mehr als vor acht Jahren –, darunter seien viele, die aus anderen Bundesländern stammten. Es sei wichtig, dass sich diese Studierenden im Land Berlin mit ihrem ersten Wohnsitz anmeldeten, da dies Auswirkungen auf den Lan-

deshaushalt habe. Um dieses Ziel zu erreichen, sei eine Änderung im Haushaltsbegleitgesetz vorgesehen, mit der über das BerlHG die Studierenden aufgefordert würden, im Rahmen des Rückmeldeverfahrens eine Meldebescheinigung vorzulegen.

Markus Klaer (CDU) erwidert, eine solche Forderung vertrete die CDU seit Jahren. In dem Zusammenhang bitte er aber auch zu erläutern, wie vielen Studenten ein Studentenwohnheimplatz zur Verfügung gestellt werden könne bzw. wohin sie sich bei der Suche nach Wohnraum wenden könnten. Viele Studenten müssten ins Umland nach Brandenburg ausweichen, da sie im Land Berlin keinen Wohnraum fänden. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Säumnisse des Senats beim Bau von Studentenwohnheimplätzen sei die Forderung der Koalition abzulehnen.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) entgegnet, die Forderung gelte für die Region Berlin-Brandenburg. Das bedeute, keiner der beispielsweise in Kleinmachnow wohne, müsse sich in Berlin mit Erstwohnsitz anmelden. Auch müsse die Meldebescheinigung nicht sofort bei der ersten Rückmeldung vorgelegt werden, sondern im Laufe des Studiums. Das Studierendenwerk verfüge über eine Zahl von ca. 10 000 Wohnungen. Es sei zutreffend, dass es für Studierende zum Anfang ihres Studiums oftmals schwer sei, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Deshalb sei die Regelungen getroffen worden, dass die Vorlage der Bescheinigung nicht schon bei der Einschreibung bzw. ersten Rückmeldung vorliegen müsse.

Tobias Schulze (LINKE) ergänzt, in dem Gesetzentwurf heiße es „Einzugsgebiet der Hochschule“, und im Weiteren gebe es einen Verweis auf das Hochschulzulassungsgesetz. Zu dem Einzugsbereich der Berliner Hochschulen gehöre auch Brandenburg. Das neue Verfahren diene demzufolge beiden Ländern. Ihm sei der Hinweis wichtig, dass es keine Verknüpfung der Immatrikulation mit der Anmeldung des ersten Wohnsitzes gebe, d. h. keine rechtliche Verpflichtung. Es handele sich mehr um einen Hinweis darauf, den rechtlichen Meldebestimmungen nachzukommen.

Markus Klaer (CDU) meint, es gehe hierbei allein um den Länderfinanzausgleich, d. h. darum, dass für Studierende mit erstem Wohnsitz in Berlin das Land Berlin Geld erhalte. Die geforderte Anmeldung sei aber gar nicht möglich, da die Studierenden keinen Wohnraum in Berlin fänden. Aus diesem Grund wünsche er einen Bericht des Senats, wie viele Studentenwohnheimplätze es in Berlin gebe, wie viele davon frei seien und wie viele Interessenten zum Beginn des neuen Semesters in Berlin untergebracht werden könnten.

Tobias Schulze (LINKE) lenkt den Blick darauf, dass ein Berichtsauftrag zum studentischen Wohnen vorliege. Ansonsten verweise er nochmals auf den Gesetzestext, wo klar vom „Einzugsgebiet“ die Rede sei. Man könne niemanden verpflichten, sich in Berlin anzumelden, wenn er seinen Wohnsitz in Brandenburg habe. Die rechtlichen Möglichkeiten seien mit dem vorliegenden Haushaltsbegleitgesetz vollumfänglich ausgeschöpft.

Vorsitzender Martin Trefzer weist darauf hin, dass es der CDU-Fraktion freistehe, einen weiteren Bericht schriftlich anzufordern.

Markus Klaer (CDU) weist darauf hin, dass es bisher bezogen auf diese Thematik nicht akzeptiert sei, wenn Berliner Studierende im Umland wohnten.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Frage sei damit beantwortet und erledigt.

Trennungsrechnung

Frage Nr. 2, AfD-Fraktion

Bitte um Übersicht über die Trennung zwischen wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen Tätigkeiten der Hochschulen: Bitte um Auflistung der wirtschaftlichen Tätigkeit (z. B. Auftragsforschung für Dritte, Kooperationen, etc.) der staatlich geförderten Hochschulen und Darstellung der in Rechnung gestellten Ressourcen (Overheadkosten, Arbeitszeit der Mitarbeiter, usw.) für jedes einzelne Projekt für 2018/19 und 2020/21.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) sagt einen schriftlichen Bericht zur zweiten Lesung zu.

Exzellenzinitiative und Exzellenzstrategie

Frage Nr. 3, AfD-Fraktion

Bitte um detaillierte Erläuterung der Verwendung der Mittel von Bund und Land, Darstellung der Vorhaben und begleitenden Maßnahmen.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erklärt, zum einen werde die Berlin University Alliance Mittel aus der Exzellenzinitiative bekommen, und zwar 23 bis 24 Mio. Euro der beantragten 28 Mio. Euro – für alle Exzellenzuniversitäten und -verbände sei eine Kürzung von rund 17,5 Prozent vorgesehen. Es gebe ein umfangreiches Maßnahmenpaket der Berliner Universitäten, um gezielt Professoren nach Berlin zu holen und Zentren neu zu gründen. Ein wesentlicher Teil des Berliner Antrags seien die sogenannten Grand Challenges gewesen, wichtige große Forschungsvorhaben, mit denen man sich gemeinsam beschäftigen wolle und bei denen die Überzeugung bestehe, dass durch ein gemeinsames Agieren der drei Universitäten bessere Forschungsergebnisse zu erzielen seien. Die Mittel dienen der Umsetzung dieser Vorhaben. Im Weiteren werde es eine Geschäftsstelle für die Berlin University Alliance geben. Es liege ein Antrag vor, der im Detail aufschlüssele, wofür die Mittel genutzt würden. Es träfe nicht zu, dass bereits im Vorfeld die von Bund und Land bereitgestellten Mittel aufgeteilt worden seien – ansonsten wäre der teils erhobene Vorwurf, es handele sich um eine „Beutegemeinschaft“ durchaus nachvollziehbar gewesen. Die Vergabe der Mittel richte sich danach, wo die besten Forschungsvorhaben angesiedelt seien und die wichtigsten Themen anlägen.

Darüber hinaus sehe der Haushaltsplanentwurf vor, dass über die Einstein-Stiftung zusätzlich Mittel bereitgestellt würden. Bei den 2 Mio. Euro für Dual Career gehe es darum, Partnern von Wissenschaftlern, die einen Ruf nach Berlin erhalten hätten, wenn möglich – und in anderen Ländern durchaus üblich – ebenfalls eine Beschäftigung an einer Universität zu bieten. Eine Kooperation der drei Universitäten erhöhe die Erfolgsaussichten hierfür. – Bekanntermaßen verfüge die Einstein-Stiftung schon jetzt über etliche Zentren wie das Einstein-Zentrum Digitale Zukunft. Die Gründung solcher Zentren sei aber auch für andere Bereiche

wie Mobilität oder Klimaforschung möglich. Aus diesem Grund seien über einen weiteren Titel 4 Mio. Euro zur Unterstützung der Grand-Challenges-Maßnahmen vorgesehen. Damit werde der Verbundantrag unterstützt und die Aussichten der Evaluation, die in sieben Jahren stattfinde, würden erhöht.

Christian Buchholz (AfD) erbittet – auch im Hinblick auf die Fragen Nr. 33 – einen schriftlichen Bericht.

Markus Klaer (CDU) erkundigt sich, inwieweit die Einstein-Stiftung mit dem BIG zusammenarbeite.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) regt als Verfahrensvorschlag an, auf die mündliche Antwort in heutiger Sitzung zu verzichten bzw. diese sehr knapp zu halten, wenn in jedem Fall ein schriftlichen Bericht gewünscht werde.

Vorsitzender Martin Trefzer stellt Einvernehmen des Ausschusses zu diesem Vorschlag fest und trifft die Feststellung, es werde ein schriftlicher Bericht – gemeinsam mit der Beantwortung zu Nr. 33 – erwünscht.

Kooperatives Promotionszentrum

Frage Nr. 4, AfD-Fraktion

Wie weit ist die Abstimmung der Berliner Fachhochschulen mit den Berliner Universitäten über ein kooperatives Promotionszentrum gediehen? Wie viele Promotionskollegs sind vorgesehen? In welcher Form soll das Promotionszentrum finanziert werden? Wie viele Mittel sind dafür vorgesehen?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzI) erklärt, die Kooperationsvereinbarung stehe kurz vor ihrem Abschluss. Es werde eine solches gemeinsames Promotionszentrum geben.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, dass weiterhin schriftlicher Bericht gewünscht sei.

Investitionen Hochschulbau

Frage Nr. 5, AfD-Fraktion

Bitte um Übermittlung des aktuellen Planungsstandes zu den einzelnen Hochbaumaßnahmen. Liegen Bauplanungsunterlagen vor, sind sie geprüft, bis wann ist dies zu erwarten?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Renovierung, Sanierung, Modernisierung

Frage Nr. 6, AfD-Fraktion

Bitte um Angaben zu Modernisierungswünschen, Renovierungswünschen und zum Sanierungsbedarf bei der baulichen Substanz der Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Darstellung der erforderlichen und der zur Verfügung gestellten Mittel.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Gender Studies

Frage Nr. 7, AfD-Fraktion

- Bitte um vollständige Auflistung aller Mittel für Gender-Studies, sowohl Professoren mit einer Teil- als auch mit einer Volldenomination umfassend, ebenso Mittel für den akademischen Mittelbau, weiteres Personal, Projekte, Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Wissenstransfer, usw.

- Bitte um vollständige Auflistung aller Landesmittel, die in außeruniversitäre Forschungseinrichtungen für Forschungsprojekte zum Thema ‚Gender‘ bereitgestellt werden.

- Bitte um Bericht, inwieweit das Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen an den Berliner Hochschulen (afg) zur Umsetzung der im Berliner Koalitionsvertrag definierten Ziele zur weiteren Verstärkung der Geschlechterforschung an den Berliner Hochschulen bereits umgesetzt ist bzw. umgesetzt werden wird.

- Bitte um vollständige Auflistung aller Mittel für Gender-Studies, sowohl Professoren mit einer Teil- als auch mit einer Volldenomination umfassend, ebenso Mittel für den akademischen Mittelbau, weiteres Personal, Projekte, Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Wissenstransfer, usw.

- Bitte um vollständige Auflistung aller Landesmittel, die in außeruniversitäre Forschungseinrichtungen für Forschungsprojekte zum Thema ‚Gender‘ bereitgestellt werden.

- Bitte um Bericht, inwieweit das Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen an den Berliner Hochschulen (afg) zur Umsetzung der im Berliner Koalitionsvertrag definierten Ziele zur weiteren Verstärkung der Geschlechterforschung an den Berliner Hochschulen bereits umgesetzt ist bzw. umgesetzt werden wird.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Wissenschaft und Gesellschaft – Wissenstransfer

Frage Nr. 8, AfD-Fraktion

Bitte um Darstellung der öffentlich geförderten Maßnahmen und Projekte der Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen zu Wissenschaftsmarketing / Wissenschaftskommunikation, Nennung der zur Verfügung stehenden Mittel und Ziele.

Bitte um Darstellung der öffentlich geförderten Maßnahmen und Projekte zur „Third Mission“ der Hochschulen. Bitte um Benennung der außerakademischen Partner, Adressaten und der gesellschaftlichen Entwicklungsinteressen, Nennung der zur Verfügung stehenden Mittel.

Bitte um Darstellung der öffentlich geförderten Maßnahmen und Projekte für Ausgründungen aus der Wissenschaft. Darstellung der zur Verfügung stehenden Mittel und der Organisations- und Infrastruktur.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Innovation in der Lehre

Frage Nr. 9, AfD-Fraktion

Bitte um Übersicht über die Mittel für Innovation in der Lehre und Beschreibung der Maßnahmen.

Auf die Frage von **Staatssekretär Steffen Krach** (SKzI), ob die Bitte nach einer Übersicht nur das Bundesprogramm betreffe, antwortet **Martin Trefzer** (AfD), es sei eine weitergehende Antwort zu dem Thema erwünscht.

Tobias Schulze (LINKE) weist darauf hin, dass die Berichtsaufträge vom Ausschuss insgesamt beschlossen würden. Er halte eine Einschränkung auf das Bundesprogramm für richtig. Allgemein gehalten sei die Frage seiner Meinung nach schwer zu beantworten. Im Übrigen sei auf den entsprechenden Masterplan hinzuweisen, zu dem es einzelne Fördervorhaben zur Verbesserung der Qualität in der Lehre gebe. Alle Verbesserungen der Maßnahmen der Hochschulen zur Innovation der Lehre aufzuführen, halte er für ein unmögliches Unterfangen. Es führe auch nicht weiter, da die Hochschulen ohnehin Globalhaushalte hätten und selbst über ihre Mittel verfügen könnten.

Martin Trefzer (AfD) erwidert, diese Begründung sei nachvollziehbar.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht bezogen auf die Bundesmittel erwünscht.

„Onboarding“ Neuberufener

Frage Nr. 10, AfD-Fraktion

Über welches strategische und systematische Konzept zum „Onboarding“ Neuberufener verfügen die Hochschulen und wie viele Mittel werden dafür aufgewendet? (Erstausstattung, Fortbildung, usw.)

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Lehrerausbildung

Frage Nr. 11, AfD-Fraktion

Bitte um Bericht zur Mittelverwendung für den Ausbau der Lehrerausbildung. Übersicht über die Verwendung der Mittel für die Lehrerausbildung (Personal, Sachkosten, Hochschulbau, Institute).

Bitte um Bericht zum Neubau eines pädagogischen Seminargebäudes an der Freien Universität. Bericht zu den Sportstätten mit angegliederten Seminarräumen am Standort Adlershof für die Ausbildung von Sportlehrern. Wie haben sich die räumlichen Kapazitäten für die Lehramtsausbildung entwickelt?

Bericht zum Personal- und Infrastrukturbedarf der einzelnen Hochschulen, um die gewünschte Lehrerausbildung leisten zu können.

Wie hat sich die Zahl der Dozenten im Bereich der Lehramtsausbildung entwickelt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Hochschule, Fach und Schulform.) Wie viele Personen wurden von den Hochschulen abgezogen, um an den Schulen zu unterrichten?

Wie hat sich die Zahl der Studienplätze im Bereich Lehramt entwickelt? Bitte um Aufschlüsselung nach Hochschule, Fach und Schulform. Wie hat sich die Zahl der eingeschriebenen Lehramtsstudenten entwickelt? Bitte um Aufschlüsselung nach Hochschule, Fach und Schulform. Wie hat sich die Zahl der Lehramtsabschlüsse entwickelt? Bitte um Aufschlüsselung nach Hochschule, Fach und Schulform.

Wie hat sich die Zahl der Absolventen im Fach Sonderpädagogik entwickelt? Welche Ressourcen stehen für die Ausbildung der Sonderpädagogen zur Verfügung?

Wie hat sich die Zahl der Personalstellen im Bereich Medienpädagogik an den Hochschulen, die die Lehrerausbildung betreiben, entwickelt? (Bitte einzeln aufschlüsseln) Wie sind die Hochschulen – im Rahmen der regulären Lehrerausbildung und in Bezug auf das Angebot an Fortbildungen – personell und infrastrukturell aufgestellt, um Lehrer auf den Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht vorzubereiten und inwieweit soll dieser Bereich ausgebaut werden?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Dual Career

Frage Nr. 12, AfD-Fraktion

Übersicht über die Dual-Career-Maßnahmen, Darstellung der Mittel und Evaluation

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Studentische Vertretungen

Frage Nr. 13, AfD-Fraktion

Bitte um Darstellung aller geldwerten Vorteile zugunsten der studentischen Vertretungen: kostenfreie Überlassungen, Mitnutzung von Infrastruktur, Überlassung von Räumen, Übernahme von Porto und Druck, etc.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Gemeinsame Bund-Länder-Förderung

Frage Nr. 14, AfD-Fraktion

Bitte um Gesamtdarstellung der Entwicklung der Bundesmittel, der dazugehörigen Kofinanzierung und der vertraglichen und konzeptionellen Grundlage.

Bitte um Darstellung der Mittel durch Verpflichtungen aus länderübergreifender Kooperation und der vertraglichen und konzeptionellen Grundlage (Bund-Länder-Kommission / GWK)

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Ombudsman für die Wissenschaft

Frage Nr. 15, AfD-Fraktion

Bitte um Darstellung der Personalstellen und Mittel der Ombudsstellen der Universitäten / Kontaktstelle zu Plagiatsfragen, wissenschaftlichem Fehlverhalten.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Gehalt für Doktoranden

Frage Nr. 16, AfD-Fraktion

Wie viele Promotionsstellen sind Vollzeitstellen, wie viele sind Teilzeitstellen? Bitte nach Hochschule und Fächern aufschlüsseln.

Markus Klaer (CDU) erbittet, in dem schriftlichen Bericht um ergänzende Auskunft, wie viele der Doktoranden vollzeitbeschäftigt und nicht nur projektbezogen beschäftigt seien.

Tobias Schulze (LINKE) erwidert, es gebe nur die Information darüber, wie viele Vollzeit- und Teilzeitstellen es an den Hochschulen gebe. Ob die Stelleninhaber auf dieser Stelle promovierten oder nicht, sei nicht erfasst. Ihm sei aus Schriftlichen Anfragen bekannt, dass es keine Statistik zu Promovierenden gebe.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht in modifizierter Fassung erwünscht.

Gehalt für Professoren

Frage Nr. 17, AfD-Fraktion

Bitte um Darstellung des Besoldungsschnitts über die verschiedenen Besoldungsgruppen hinweg an der Technischen Universität, an der Humboldt-Universität, an der Freien Universität, an der Charité, an der Universität der Künste und an den Fachhochschulen.

Wie hoch liegt die Obergrenze für Grundgehalt und Leistungsbezüge? In wie vielen Fällen – wenn Hochschulen beispielsweise einen Wissenschaftler aus dem Ausland gewinnen wollen oder verhindern wollen, dass ein Professor abwandert oder einen Professor berufen wollen, der an seiner bisherigen Hochschule bereits höhere Bezüge erhält – wird die eigentliche Gehaltsobergrenze überschritten? (Bitte nach Fachbereichen aufschlüsseln)

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Befristete Stellen / Tenure-Track

Frage Nr. 18, AfD-Fraktion

Wie hat sich die Zahl der befristeten Stellen an den Berliner Hochschulen entwickelt? (Bitte einzeln aufschlüsseln)

Wie hat sich die Zahl der Tenure-Track-Professuren an den Berliner Hochschulen entwickelt? (Bitte einzeln aufschlüsseln)

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Forschungsförderung für Fachhochschulen

Frage Nr. 19, AfD-Fraktion

Bitte um Darstellung der Mittel zur Förderung der Forschung an Fachhochschulen. In welcher Form unterstützt der Senat die Initiierung einer DTG?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Förderung von Frauen in der Wissenschaft

Frage Nr. 20, AfD-Fraktion

Bitte um Aufschlüsselung, welche und wieviel Mittel für die Förderung von Frauen in der Wissenschaft insgesamt verwendet werden, Nennung der Haushaltstitel.

Bitte um Aufschlüsselung der Mittel für die Frauenbeauftragten an den Hochschulen, Nennung von Sach- und Personalkosten, Anzahl der Stellen für die Frauenbeauftragten an den einzelnen Hochschulen und Höhe der Vergütung.

Bitte um Darstellung der Maßnahmen und Projekte im Rahmen des Berliner Chancengleichheitsprogramms (BCP) im Bereich Wissenschaft (0330/68500, S. 56).

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Diversity und Antidiskriminierung

Frage Nr. 21, AfD-Fraktion

Bitte um Darstellung der Anlaufstellen und Maßnahmen zu Diversity und Antidiskriminierung im Wissenschaftsbetrieb Berlin. Welche Hochschulen verfügen über Beratungsstellen? (Bitte um Nennung der dafür zur Verfügung stehenden Mittel) An welchen Hochschulen gibt es Beratungen durch die Studentenvertretung? Bitte aufschlüsseln

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Islamische Theologie

Frage Nr. 22, AfD-Fraktion

Bitte um Aufschlüsselung der bereits investierten und der veranschlagten Mittel für das Institut für Islamische Theologie. Wann startet die Lehramtsausbildung? Wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich der Berufungen? Welche Personen werden gegebenenfalls in Vertretung die Lehrstühle besetzen? Welche Beschlüsse hat der Beirat be-

reits getroffen? Wann wurden die Vertreter der Hochschule im Beirat durch die Verbände bestätigt?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Arboretum

Frage Nr. 23, AfD-Fraktion

Bitte um Darstellung der Einnahmen durch Eintrittsgelder für das Arboretum, Investitionsbedarf und Investitionsplanung.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Sondertatbestände

Frage Nr. 24, AfD-Fraktion

Welche Sondertatbestände wurden von den Hochschulen im Rahmen der Hochschulverträge angemeldet, welche Sondertatbestände wurden aber nicht berücksichtigt?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Charité

Frage Nr. 25, Fraktion der CDU

Erbeten wird ein Bericht zu den standortscharfen Investitionsbedarfen und -vorhaben unter Angabe der im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen Mittel (bitte titelscharf benennen).

Sind im Haushaltsplanentwurf 2020/21 finanzielle Mittel für den gemeinsamen Ausbildungscampus von Charité und Vivantes etatisiert (bitte unter Angabe der Titel)?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Erasmus

Frage Nr. 26, Fraktion der CDU

Wie hoch sind die Zuschüsse, die im Zusammenhang mit der Durchführung des Erasmus+-Programms stehen und in welchen Titeln sind diese vermerkt? Bis wann sind die Einnahmen der entsprechenden Programmmittel, unabhängig vom Ausgang der Brexits, gesichert bzw. ab wann könnte es ggf. zu Kürzungen kommen?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Kapitel 0330 – Wissenschaft

Titelübergreifende Fragen: Personaltitel

Frage Nr. 27, Fraktion der CDU

Erbeten wird ein Bericht

In welchen Bereichen der Abteilungen Wissenschaft und Forschung innerhalb der Senatskanzlei ist ein personeller Aufwuchs vorgesehen? Worin begründet sich der Personalmehrbedarf? Welche Aufgaben sind hinzugekommen? Welche Mehrkosten entstehen? In welchen Haushaltstiteln sind die entsprechenden Mittel veranschlagt?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Studentisches Wohnen

Frage Nr. 28a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie sind Fortschritt und Stand beim Ausbau studentischer Wohnplätze? Welche Hindernisse sind beim Ausbau studentischer Wohnplätze zu bewältigen?

Frage Nr. 28b, AfD-Fraktion

Bitte um aktuellen Sachstandsbericht der geplanten Bauten für studentisches Wohnen. Bitte um Bericht zur Bedarfsentwicklung und Prognose.

Frage Nr. 28c, Fraktion der CDU

Erbeten wird ein Bericht zum Umsetzungsstand der mit den städtischen Wohnungsbau-gesellschaften und der berlinovo getroffenen Vereinbarung zur Schaffung studentischen Wohnraums. Wie viele der für 2018 und 2019 hierfür eingestellten Mittel sind abgeflossen? Wie viele Studierendenapartments werden durch die berlinovo bis zu welchem Zeitpunkt geschaffen (standortscharf)? Wie viele zusätzliche studentische Wohnplätze werden bis zu welchem Zeitpunkt durch städtische Wohnungsbau-gesellschaften geschaffen (standortscharf)? Ist trotz der Tatsache, dass letzteren kein ausschließlich auf Studierende ausgerichtetes Vermietungskonzept zugrunde liegt, sichergestellt, dass die entsprechenden Plätze langfristig Studierenden vorbehalten bleiben? Von welcher Bedarfsentwicklung und Prognose wird bis 2025 ausgegangen und welche Versorgungsquote wird angestrebt? In welchen Haushaltstiteln sind Mittel für den Bau, den Unterhalt und die Sanierung von studentischen Wohnheimplätzen enthalten? In welchen Haushaltstiteln sind Zuschüsse für das Studierendenwerk zur Schaffung studentischen Wohnraums enthalten? Welche Projekte werden finanziert? Wie viele Wohnheimplätze entstehen bis zu welchem Zeitpunkt? Wie viele Mittel erhält das Studierendenwerk zweckgebunden für den Bau studentischer

Wohnheimplätze? Für den Fall, dass es keine entsprechende Zweckbindung gibt: Wodurch ist sichergestellt, dass die angestrebte Zahl zusätzlicher Wohnheimplätze umgesetzt wird?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

KI-Förderung

Frage Nr. 29, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Aus welchen Titeln und in welcher Höhe fördert die Skzl WissForsch die KI-Forschung in Berlin? Welche Einrichtungen werden gefördert? Welche Entwicklungen sind hier für 2020 und 2021 absehbar, welche Auswirkungen ergeben sich hieraus für die Kosten der KI-Förderung?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erinnert daran, dass Berlin mit dem BigData-Zentrum und dem Zentrum Maschinelles Lernen an der TU Berlin im Bereich der KI-Forschung gut aufgestellt sei. Diese Zentren würden schwerpunktmäßig vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Diese Förderung werde in den nächsten Jahren fortgesetzt. Das Land Berlin wolle den Prozess unterstützen, indem zusätzlich 1,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt würden, um weitere Wissenschaftler nach Berlin zu holen. Der internationale Vergleich mit anderen Standorten zeige, dass es darauf ankomme, über eine kritische Masse an Topwissenschaftlern in diesem Bereich zu Verfügung. In Abstimmung mit den beiden bestehenden Zentren wolle man diesen Bereich ausbauen.

Markus Klaer (CDU) erwidert, seines Wissens werde in München und Stuttgart das meiste Geld in KI investiert. Das dort investierte Finanzvolumen betrage nicht nur 1,5 Mio. Euro, sondern deutlich mehr und solle verhindern, dass Berlin diesen Städten „den Rang ablaufe“. Wie stehe der Staatssekretär hierzu?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) weist darauf hin, dass Bayern beispielsweise auch bei der Bewerbung um das Internet-Institut mit einer großen Investitionssumme für sich geworben habe. Dennoch sei Berlin letztlich erfolgreich gewesen. Berlin könne – und das sei einhellige Meinung – bei Weitem mit anderen Standorten mithalten. Es werde im Übrigen angestrebt, im Bundesgebiet verschiedene Schwerpunkte im Bereich der KI zu bilden. Er erinnere ebenfalls daran, dass Berlin der einzige Standort sei, der ein Exzellenzcluster in diesem Bereich eingeworben habe, das Cluster „Science of Intelligence“ an der TU Berlin. Auch wenn zweifelsohne andere Standorte mehr Geld zur Verfügung hätten, sei man der Meinung, dass mit den zusätzlichen Mitteln die bestehenden Bereiche gezielt ausgebaut werden könnten.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Fragen seien damit erledigt.

Lehrkräftebildung

Frage Nr. 30, Fraktion der CDU

Wie hoch sind die Mittel, die den Universitäten im Rahmen des Doppelhaushalts 2020/2021 für notwendige Infrastrukturmaßnahmen in der Lehrkräftebildung zur Verfügung gestellt werden (bitte unter Angabe der Titel)? Welche neuen Maßnahmen zur Verbesserung des Studienerfolgs und der Rahmenbedingungen im Lehramtsstudium sind geplant und wie hoch sind die hierfür angesetzten Mittel? Wie ist der aktuelle Betreuungsschlüssel in den Lehramtsstudiengängen der Hochschulen? Wie viele zusätzliche Professuren und weitere Stellen für die Lehrerausbildung wurden und werden geschaffen? Wie viele Mittel fließen hierfür an die Hochschulen (bitte unter Angabe der Titel)?

Ist dem Senat bekannt, wie viele Stipendien für Quereinsteigs-Masterstudierende seit dem Start des Programms BerLes zum WS 2018/19 vergeben wurden und wie viele der vorgesehenen Mittel in Höhe von 600.000 Euro in 2019 abgeflossen sind?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) macht darauf aufmerksam, dass es bereits einen umfassenden Berichtsauftrag zur Lehrkräftebildung gegeben habe. Er rege an, die Frage gemeinsam mit der Frage Nr. 11 zu beantworten.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein gemeinsamer schriftlicher Bericht erwünscht.

Digitalisierungsmaßnahmen im Hochschul- und Forschungsbereich

Frage Nr. 31, Fraktion der CDU

Erbeten wird ein ausführlicher Bericht und eine Auflistung aller im Haushaltsplanentwurf enthaltenen Mittel zur Finanzierung von Digitalisierungsmaßnahmen im Hochschul- und Forschungsbereich (bitte unter Angabe der Titel nach Hochschulen und Forschungseinrichtungen auflisten)? Welche Maßnahmen sollen durchgeführt werden? Wie hoch sind die veranschlagten Kosten? Von wem werden diese zu welchem Anteil getragen? Im Rahmen welcher Programme werden diese ggf. finanziert? Wie ist der jeweilige Umsetzungsstand?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 13107 – Verkauf von hochschulgenutzten Grundstücken

Frage Nr. 32a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Verkaufserlös in 2018: Welche(s) Grundstück(e) welcher Hochschulen wurden an wen und wofür verkauft?

Frage Nr. 32b, Fraktion der CDU

Erbeten wird ein Bericht

Wie haben sich die Einnahmen durch den Verkauf von hochschulgenutzten Grundstücken in den letzten fünf Jahren entwickelt? Aus dem Verkauf welcher hochschulgenutzter Grundstücke resultiert das Ist 2018 in Höhe von 2.824.553,20 Euro? Wie hoch sind die Einnahmen durch den Verkauf von hochschulgenutzten Grundstücken für das laufende Jahr (Grundstücke bitte unter Angabe der betreffenden Hochschule auflisten)? Auf welche Höhe belaufen sich die bisherigen Einnahmen durch Verkaufserlöse für das Jahr 2019 und wofür werden sie verwendet?

Für welche hochschulgenutzten Grundstücke ist, unter Angabe der Gründe, für die Jahre 2020 und 2021 ein Verkauf geplant bzw. vorgemerkt? Für welche Zwecke werden die Verkaufserlöse verwendet?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 23109 – Zuweisungen des Bundes für die Exzellenzinitiative an deutschen Hochschulen

Titel 68512 – Zuschüsse im Rahmen der Exzellenzinitiative und Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder

Titel 68514 – Zuschüsse an Exzellenzuniversitäten

Frage Nr. 33, Fraktion der CDU

Erbeten wird ein Bericht unter Berücksichtigung nachfolgender Fragestellungen (Bundes- und Landesmittel bitte ausweisen):

Welche Projekte welcher Förderlinien werden im Rahmen der Exzellenzstrategie bzw. -initiative in welcher Höhe und aus welchen Titeln finanziert? Nach welchen Kriterien erfolgt die Mittelzuweisung? Wie hoch sind die Mittelzuweisungen an die einzelnen Universitäten? Förderlinie Exzellenzuniversitäten: Wie hoch ist die finanzielle Förderung der einzelnen am Exzellenzverbund beteiligten Universitäten? Wie hoch waren in den vergangenen Jahren die Zuschüsse, die sowohl die Humboldt-Universität als auch die Freie Universität aufgrund ihres Exzellenztitels erhielten und wie hoch ist die Summe, die beide nun innerhalb des Verbundes erhalten (aufgeschlüsselt nach Kalenderjahren)?

Markus Klaer (CDU) möchte den Bericht um die Fragestellung ergänzt wissen, ob und ggf. wie es mit den Exzellenzinitiativen nach Ablauf der Förderperiode weitergehe und wie die – langfristige – Finanzierung aussehe.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 23193 – Einnahmen zur Durchführung des Nationalen Stipendienprogramms

Frage Nr. 34, Fraktion der CDU

Wie hat sich die Zahl des Stipendienkontingents, das dem Land Berlin gemäß dem Stipendienprogramm-Gesetz zugestanden wird, in den vergangenen fünf Jahren entwickelt? Hat der Senat Kenntnis über die Ausschöpfungsquote des Stipendienkontingents sowie Umverteilungen zwischen den Hochschulen? Wie haben sich die Einnahmen zur Durchführung des Nationalen Stipendienprogramms in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 26109 – Erstattungen von Bauvorbereitungsmitteln

in Verbind mit

Titel 68517 – Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an Hochschulen

Frage Nr. 35, Fraktion der CDU

Für welche Bauvorhaben der a) Charité – Universitätsmedizin Berlin und b) staatlichen Berliner Hochschulen wurden 2018 Bauvorbereitungsmittel in welcher Höhe erstattet?

Für die Durchführung welcher Bauvorhaben erhalten die Charité-Universitätsmedizin und die staatlichen Berliner Hochschulen 2020 und 2021 Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel und in welcher Höhe?

Wie ist der Mittelabfluss im laufenden Jahr 2019 und für welche Bauvorhaben sind Mittel abgeflossen?

Erbeten wird ein Bericht und eine Auflistung der betreffenden Bauvorhaben unter Angabe des Zeitplans zur Umsetzung sowie der veranschlagten Kosten.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 27296 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)

Titel 68596 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)

Frage Nr. 36, Fraktion der CDU

Bedeutet die Absenkung der Ansätze für 2020 und 2021 im Vergleich zum Ansatz 2019 sowie dem Ist 2018, dass mit einem deutlichen Rückgang der Mittelabrufe der begünstigten Hochschulen für die Durchführung von EFRE-Projekten gerechnet wird? Erbeten wird eine Auflistung der Projekte, die 2018 und 2019 gefördert wurden und 2020 und 2021 gefördert werden sollen.

Markus Klaer (CDU) weist darauf hin, dass es neben EFRE ein eigenständiges Programm für die Wissenschaft gebe. Hierzu erbitte er ergänzend schriftliche Informationen.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht mit Ergänzung erwünscht.

Kapitel 2991 – Immobilienbezogene Sondervermögen

Frage Nr. 37, Fraktion der CDU

Welche Maßnahmen und Projekte wurden 2018 und 2019 aus diesem Titel finanziert? Wodurch wird der Wegfall der finanziellen Mittel durch Kompensationsleistungen des Bundes für den Hochschulbau ab 2020 kompensiert?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 33112 – Zuweisungen des Bundes nach Art. 91 b Grundgesetz für Forschungsbauten an Hochschulen

Frage Nr. 38, Fraktion der CDU

Aus welchen Gründen ist die Summe der erwarteten Zuweisungen des Bundes rückläufig? Wie hat sich die Zahl der vom Land Berlin gestellten Anträge im Verhältnis zu den bewilligten Anträgen in den vergangenen Jahren entwickelt?

Erbeten wird zudem eine Auflistung der von den Hochschulen beantragten Großgeräte, deren Förderung von der DFG abgelehnt wurde.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 52703 – Dienstreisen in Verbindung mit **Kapitel 0340 – Forschung** **Titel 52703 – Dienstreisen**

Frage Nr. 39, AfD-Fraktion

Bitte um Aufschlüsselung der Ausgaben. Wie viele Mittel wurden 2018/19 für Inlandsflüge, Bahnfahrten, PKW-Fahrten verausgabt? Wie verteilen sich die für 2020/21 veranschlagten Mittel auf Inlandsflüge, Bahnfahrten, PKW-Fahrten?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht gemeinsam mit Frage Nr. 42 erwünscht.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Frage Nr. 40, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Für welche Aufgaben sind die für 2020 und 2021 zusätzlich eingeplanten Stellen, insbesondere für zwei Regierungsdirektor*innen (A15) vorgesehen? Handelt es sich um zusätzliche, neu anfallende Aufgaben der Skzl WissForsch?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erklärt, man habe für den Doppelhaushalt 2020/2021 zusätzliche Stellen im Bereich der Lehrkräftebildung angemeldet, um den gesamten Prozess der Lehrerbildung an den Berliner Universitäten zu begleiten. Bekanntermaßen sei seit drei Jahren die Lehrkräftebildung deutlich ausgeweitet worden, was mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand verbunden sei. Darüber hinaus sei eine zusätzliche Stelle für die Begleitung der Berlin University Alliance im Rahmen der Exzellenzstrategie vorgesehen. Eine zusätzliche Stelle sei im Referat Hochschulbau geplant. Die Baumaßnahmen seien in letzter Zeit um ein Vielfaches gestiegen, sowohl bezüglich Großbauten als auch kleinerer Baumaßnahmen. Die Schaffung einer weiteren Stelle in diesem Bereich sei deshalb gerechtfertigt, reiche seiner Ansicht nach aber bei Weitem nicht aus.

Das gelte u. a. auch für den Bereich Hochschulmedizin, wo ebenfalls eine Verstärkung vorgesehen sei. In dem entsprechenden Referat arbeiteten sechs Mitarbeiter, die Fach- und Rechtsaufsicht über eine Universitätsklinik mit an die 18 000 Mitarbeitern führten, wobei vielfältige Aufgaben zu erledigen seien. Dies bedeute, dass der eigentliche Personalbedarf noch weit höher eingeschätzt werde. Gleiches gelte für die Abteilung Forschung, wo eine zusätzliche Stelle im Haushaltsbereich zu der einzigen vorhandenen vorgesehen sei. Dabei gehe es u. a. darum, über 80 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und ein Großprojekt wie die Sanierung des Museums für Naturkunde zu begleiten. Unterm Strich hätte man sich gewünscht, bei der Personalanmeldung noch erfolgreicher zu sein, auch um beispielsweise die strategischen Aufgaben im Bereich der Forschung oder der Digitalisierung zu meistern.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) gibt zu Protokoll, dass eine Verstärkung der Verwaltung angesichts der Aufwüchse in fast allen Bereichen der Stadt, der zunehmenden Komplexität der Aufgaben, der wachsenden Studierendenzahlen, der Bauvorhaben, der Investitionen usw. ausdrücklich begrüßt werde.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Frage sei damit beantwortet und erledigt.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Frage Nr. 41, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum wurde der Titel 2018 nicht ausgeschöpft?

Jürgen Gärtner (SKzl) erläutert, die nicht vollständige Ausschöpfung des Titels hänge häufig damit zusammen, dass Stellen durch einen Wechsel vorübergehend unbesetzt blieben.

Tobias Schulze (LINKE) erkundigt sich, welche Stellen hiervon konkret betroffen gewesen seien.

Jürgen Gärtner (SKZl) entgegnet, hierüber sei er nicht auskunftsfähig. Es müsse ggf. die Personalabteilung befragt werden.

Markus Klaer (CDU) wünscht daraufhin weiterhin einen Bericht.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 52703 – Dienstreisen

Frage Nr. 42, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie viele Dienstreisen innerhalb Deutschlands wurden in 2018/2019 (Stand August 2019) per Flugzeug zurückgelegt? Was unternimmt SkzIWissForsch, um die Anzahl der Flugreisen – gerade vor dem Hintergrund gestiegener Flugkosten – zu senken?

Auf welcher Basis werden Entscheidungen für die Wahl des Transportmittels und des Reiseweges getroffen?

Vorsitzender Martin Trefzer stellt fest, es werde ein schriftlicher Bericht gemeinsam mit Frage Nr. 39 erwünscht.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 43a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Teilansatz 3:

Wie ist der Zeitrahmen für die Vergabe der Mittel für Digitalisierung in der Medizin? Welche Mittel sind insgesamt im Haushaltsplanentwurf 2020/2021 für die Digitalisierung in der Medizin vorgesehen? Welche Vorhaben sollen genau gefördert werden? Wie gedenkt SkzIWissForsch den ordnungsgemäßen Abfluss der Mittel ab 2020 sicherzustellen? Welche Erarbeitungs- und Umsetzungsphasen sind geplant?

Wir bitten um einen Bericht.

Frage Nr. 43b, Fraktion der CDU

Erbeten wird ein Bericht zu Teilansatz 3: Bis wann soll das Digitalisierungskonzept vorliegen und wie ist der Zeitplan zur Umsetzung? Wer ist mit der Erarbeitung des Konzepts beauftragt und welche Maßnahmen werden durchgeführt?

Frage Nr. 43c, AfD-Fraktion

Handelt es sich bei TA 1 (1.000 € Zuschuss an Berlin Partner) um einen Platzhalter?
Wie viele Mittel wurden 2018/19 für TA 1 aufgewendet?

Werden die Verpflichtungsermächtigungen in Hinblick auf TA 3 erteilt?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 63201 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder

Frage Nr. 44, AfD-Fraktion

TA 2 Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland: Welche Leistungen haben die Berliner Hochschulen in den letzten Jahren erhalten respektive welche Akkreditierungen wurden durchgeführt? Welche Akkreditierungen stehen für 2020/21 an?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erläutert, es handele sich um einen Beitrag des Landes Berlin für die anfallenden Verwaltungskosten bezüglich der Akkreditierung von Studiengängen, wie ihn andere Bundesländer ebenfalls leisteten.

Auf die Frage von **Martin Trefzer** (AfD), welche Akkreditierungen derzeit anstünden, antwortet **Staatssekretär Steffen Krach** (SKzl), es würden regelmäßig alle Studiengänge akkreditiert. Es handele sich im vorliegenden Fall um ein reguläres Verwaltungsverfahren, das jedes Jahr stattfinde und zu dem alle Bundesländer ihren Beitrag zu leisten hätten.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Frage sei damit beantwortet und erledigt.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Frage Nr. 45, Fraktion der CDU

In welchen Bereichen und aus welchen Gründen sind höhere Ausgaben zu erwarten, die eine Anhebung der Ansätze für 2020 und 2021 erklären? Zählen Kostensteigerungen zu den Gründen oder hat das Internationale Studierendenwerk weitere Aufgaben übernommen? Wenn ja, welche? Für wann ist die Unterzeichnung des Rahmenvertrags mit dem Studierendenwerk (ab 2020) geplant?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) führt aus, es sei in den vergangenen Jahren ein Vertrag mit dem Studierendenwerk mit einem Finanzvolumen in Höhe von 11,5 Mio. Euro abgeschlossen worden. Mit dem Anstieg der Studierendenzahlen seien auch die Aufgaben des Studierendenwerks gewachsen – Sozialberatung, Bereitstellung von Mensen usw. Seit 2004 bzw. 2005 habe es keine Erhöhung des Zuschusses für das Studierendenwerk gegeben, weshalb eine deutliche Erhöhung vonnöten sei. Vorgesehen sei die Erhöhung auf 13 Mio. Euro für das Jahr 2020 und 14 Mio. Euro für das Jahr 2021, um zumindest die Tarifaufwüchse zu kompensieren.

Markus Klaer (CDU) zeigt sich mit der Antwort grundsätzlich einverstanden. Er wolle im Weiteren wissen, ob es auch im Bereich der Bereitstellung von Studentenwohnheimplätzen, der auch zu den Aufgaben des Studierendenwerkes zähle, Aufwüchse gebe. Diese Aufgabe sei dem Studierendenwerk in den letzten Jahren weggenommen und an die berlinovo gegeben worden.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erwidert, diese Aufgabe sei keineswegs weggenommen worden. Vielmehr seien aktuell verschiedene Projekte anhängig bzw. neue Wohnheimplätze fertiggestellt worden. Es sei vorgesehen – auch mit Mitteln des vorliegenden Haushaltes –, an der Hochschule für Wirtschaft und Recht eine Baumaßnahme vorzunehmen, mit der zusätzliche Wohnheimplätze entstünden. Es sei zutreffend, dass auch über die berlinovo und die städtischen Wohnungsbaugesellschaften zusätzlicher Wohnraum für Studierende geschaffen worden sei bzw. in größerer Zahl geschaffen werden solle. Diese Aktivitäten seien jedoch unabhängig von der Unterstützung des Studierendenwerks. Dem Studierendenwerk sei es auch ermöglicht worden, über die Investitionsbank Berlin Kredite aufzunehmen, um weitere Wohnheimplätze bauen zu können.

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE) bittet darum, sich an die Haushaltssystematik zu halten und den Investitionstitel erst dann zu besprechen, wenn er an der Reihe sei.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) pflichtet dem bei. Der gerade in Rede stehende Titel habe wenig mit dem Bau von Wohnheimplätzen zu tun. Sie rege an, auf eine schriftliche Antwort im vorliegenden Titel zu verzichten und die umfangreichen Berichte an zugehöriger Stelle anzufordern.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Frage sei damit beantwortet und erledigt.

Titel 67188 – Eingliederungshilfe für Studierende mit Behinderung

Frage Nr. 46, Fraktion der CDU

Wie hat sich die Zahl der Anträge auf Eingliederungshilfe in den vergangenen fünf Jahren entwickelt? Wie haben sich in diesem Zusammenhang die Gesamtausgaben des Studierendenwerks in den vergangenen fünf Jahren entwickelt? Wie hat sich der prozentuale Anteil der Beteiligung des Landes Berlin an den Gesamtkosten in den vergangenen fünf Jahren entwickelt? Wie hat sich die Zahl der von den Hochschulen übernommenen Kosten in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68354 – Technologieförderung

Frage Nr. 47a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Einzelmaßnahmen sollen hieraus finanziert werden? Durch welche Einrichtungen werden diese Maßnahmen voraussichtlich umgesetzt bzw. nach welchen Kriterien werden die Mittel vergeben?

Bitte in zwei Berichten getrennt nach Teilansätzen erläutern!

Zu Teilansatz 1:

Um welche Planungs-, Entwicklungs- und vor allem Beratungsleistungen konkret handelt es sich im angegebenen Titel / Teilansatz 1? Wie hoch ist der Anteil von Siemens an den Planungs-, Entwicklungs- und Beratungsleistungen? Erbringen Siemens und / oder deren Tochterfirmen Leistungen, die aus diesem Titel finanziert werden?

Zu Teilansatz 2:

Wie wird die KI-Strategie des Landes Berlins erarbeitet und wann wird sie fertig sein? Welche Maßnahmen sind im Rahmen des BIFOLD geplant?

Frage Nr. 47b, AfD-Fraktion

TA 2 Künstliche Intelligenz (KI) – Strategie des Landes Berlin: Bitte um Erläuterung zur KI-Strategie und Aufschlüsselung der Mittelverwendung.

Frage Nr. 47c, Fraktion der CDU

Erbeten wird ein Bericht. Welche Maßnahmen sollen im Zuge der Umsetzung der „Künstlichen Intelligenz (KI) - Strategie des Landes Berlin (u. a. Umsetzung des BIFOLD)“ mit den zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert werden? Wer ist der Zuwendungsempfänger? Wer ist an der Erarbeitung und Umsetzung beteiligt und welche Bereiche sind eingeschlossen? Welche Ziele werden verfolgt?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68413 – Zuschuss an das Studierendenwerk

Frage Nr. 48a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um einen Bericht, der insbesondere diese Fragen beantworten soll:

Wie hoch war das Aufkommen der Sozialbeiträge des Studierendenwerks in 2018 und 2019 (erwartet), welches Aufkommen wird für 2020/2021 erwartet? Welche Relation zwischen Landeszuschuss und Sozialbeitragsaufkommen ergibt sich aus den

vorgelegten Ansätzen für 2020 und 2021? Welche Bedarfe wurden durch das Studierendenwerk insbesondere mit Hinblick auf steigende Kosten angemeldet?

Wie beurteilt die Senatskanzlei die Entwicklung der Zuschüsse an das Studierendenwerk in Verhältnis zur Entwicklung der Studierendenzahlen insbesondere auch der ausländischen Studierenden mit erhöhtem Beratungsbedarf und der gestiegenen Aufgaben auch im Bereich der psychologischen Studienberatung, der Sozialberatung, der Unterbringung und der gestiegenen Anforderungen an Nachhaltigkeit z.B. im Bereich der Mensen?

Besteht die Gefahr, dass durch die Entwicklung dieses Titels das Aufgabenspektrum des Studierendenwerks eingeschränkt werden muss, bzw. nicht im erforderlichen Maß ausgeweitet werden kann?

Ist geplant eine eventuell entstehende Finanzierungslücke durch die Erhöhung studentischer Beiträge zum Studierendenwerk zu schließen und in welcher Höhe müsste diese Erhöhung ausfallen? Blicke das politische Ziel einer paritätischen Finanzierung durch staatliche Zuschüsse und Studierendenbeiträge dadurch gewahrt?

Frage Nr. 48b, AfD-Fraktion

Wodurch ist der Anstieg der Mittel begründet? (Erhöhte Studentenzahl, Tarifsteigerung, erweitertes Aufgabenspektrum, ...) Bitte um Aufschlüsselung der Mittelverwendung (Speisebetriebe, Kinderbetreuung, Stunden für Beratung, Studentisches Wohnen, Verwaltung und Controlling, Fortbildung, usw.) im Vergleich zu 2018/19. Bitte um Erläuterung des „zwingenden Mehrbedarfs“.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68500 – Förderung der Frauen in Forschung und Lehre

Frage Nr. 49a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um einen Bericht, der insbesondere diese Fragen beantworten soll:

Warum bleibt der Ansatz trotz deutlich gestiegener Personalkosten gleich? Wieviel weniger Förderfälle bedeutet das für die aktuelle Haushaltsperiode und wieviel weniger Förderfälle im Jahr 2025 bei Gehaltssteigerungen von 2,5% jährlich?

Welchen Hintergrund und welche Auswirkungen hat die getrennte Veranschlagung der Qualitäts- und Innovationsoffensive und des Anteils der Senatskanzlei am Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre?

Beabsichtigt der Senat eine Fortführung des Berliner Chancengleichheitsprogramms nach 2020? Wenn ja in welcher Form, in welcher Länge und mit welcher Zielsetzung?

Warum werden keine Stipendien mehr aus dem BCP vergeben? Sind Senat und Hochschulen der Ansicht, dass diese Mittel ausreichen, um das Ziel einer 50% Frauenquote in der Wissenschaft zeitnah zu erreichen?

Enthalten die Maßnahmen, die durch das Berliner Chancengleichheitsprogramm gefördert werden Elemente, bei denen ein regelmäßiger Kostenanstieg zu erwarten ist? Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus gegebenenfalls bei einer langfristigen Fortschreibung der Mittel iHv 1.900.000 € für die Förderung der Frauen in Forschung und Lehre?

Frage Nr. 49b, Fraktion der CDU

Erbeten wird ein Bericht unter Berücksichtigung folgender Fragestellungen: Welche Projekte und Maßnahmen werden gefördert und wer sind die jeweiligen Zuwendungsempfänger? Nach welchen Kriterien werden die Mittel verteilt? Welche Ziele werden angestrebt?

Frage Nr. 49c, AfD-Fraktion

Bitte um Aufschlüsselung der Mittelverwendung für 2018/19 und der geplanten Mittelverwendung für 2020/21.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68510 – Zuschuss Projektförderung Einstein Stiftung Berlin

Frage Nr. 50a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Insgesamt:

Wie war der Mittelabfluss in den einzelnen Teilansätzen in 2018, welche Ausschöpfung der einzelnen Teilansätze wird für 2019 erwartet?

Ist bei der Finanzierung der Einstein-Stiftung die Einrichtung eines Einstein-Zentrums für tierversuchsfreie Forschung berücksichtigt? Welche Mittel sind notwendig um die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses umzusetzen und die Expertise des Verbundes WB3R für die Zukunft zu sichern?

TA 1: Wir bitten um einen Bericht.

Welche und wie viele Projekte wurden gefördert (bitte auflisten)? Wie hoch waren die einzelnen Fördersummen? Wie war das Verhältnis zwischen Anträgen auf Förderung und geförderten Projekten?

TA 2: Wir bitten um einen Bericht.

Wie viele Spenden konnten in 2018 und in 2019 bislang eingeworben werden? Welches Gesamtaufkommen wird für 2019 erwartet, welches für 2020 und 2021? Aus welchen Quellen kamen die Spenden und in welcher Höhe (bitte auflisten). Für welche Projekte wurden die eingeworbenen Spenden eingesetzt? Was unternimmt die Einstein Stiftung, um ihre wissenschaftliche Unabhängigkeit vor dem Hintergrund eines hohen Anteils von Spenden an ihrer Gesamtfinanzierung zu sichern?

TA 5:

Welche Projekte sollen hier genau gefördert werden? Welche Institutionen sollen antragsberechtigt sein? Nach welchem Verfahren und auf welcher Rechtsgrundlage werden die Mittel vergeben?

TA 6: Wir bitten um einen Bericht.

Welche Vorhaben sollen insbesondere in den Bereichen Gleichstellung und Diversity gefördert werden? Nach welchen Richtlinien und nach welchem Leitbild sollen die Gelder verteilt werden? Durch welche Organisationseinheit innerhalb der Einstein Stiftung werden die Gelder bewirtschaftet?

Frage Nr. 50b, Fraktion der CDU

Erbeten wird, unter Zuweisung zu den einzelnen Teilansätzen, eine Auflistung der Projekte und Maßnahmen, die gefördert werden. Welche mehrjährigen Förderzusagen wurden bereits erteilt? Wie ist der Rest in 2018 in Höhe von 2.593.833,28 Euro zu erklären?

Frage Nr. 50c, AfD-Fraktion

TA 1: Welche wissenschaftlichen Projekte wurden 2018/19 gefördert? Welche wissenschaftlichen Projekte sollen künftig gefördert werden?

TA 2: Wie viele Spendengelder wurden 2018/19 eingenommen und wer waren jeweils die Spender? (Bitte um Angabe der jeweiligen Höhe der Spende) Inwiefern waren die Spenden zweckgebunden?

TA 3 Professors in Exile / Rückkehrprogramm: Wie viele Mittel wurden 2018/19 aufgewendet und welche Wissenschaftler konnten davon profitieren? Aus welchen Ländern kamen die Wissenschaftler? Inwieweit wird sichergestellt, dass die Forscher tatsächlich politischer Verfolgung ausgesetzt und in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit eingeschränkt sind und die Mittel nicht dazu verwendet werden, Wissenschaftler aus Ländern mit unterentwickelter Wissenschaftsstruktur abzuwerben? Wie gestaltet sich das Rückkehrprogramm?

TA 5: Bitte um Aufschlüsselung der Mittelverwendung. Auf welchen Annahmen und Planungen ergibt sich die Höhe von 4 Millionen Euro?

TA 6: Dual Career, Gleichstellung und Diversity im Rahmen der

Exzellenzstrategie: Wie viele Mittel sind jeweils für Dual Career, Gleichstellung und Diversity vorgesehen? Wofür sollen die Mittel für Dual Career, Gleichstellung und Diversity konkret aufgewendet werden?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68520 – Zuschüsse an Universitäten

Frage Nr. 51a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

FU Berlin:

Welche Projekte verfolgt die ZE BGBM an der FU Berlin im Bereich Naturbildung? Wie hoch ist der Mitteleinsatz hierfür? Welche weiteren Bedarfe der ZE BGBM sind dem Senat bekannt und in welchem Zusammenhang stehen diese zur Förderung der ZE BGBM aus dem Haushalt der Freien Universität?

TU Berlin:

Wie setzte sich die Finanzierung der Chemical Invention Factory (CIF) in den Jahren 2018 und 2019 zusammen und aus welchen Haushaltstiteln wurde die CIF finanziert? Welche Finanzierung ist für 2020/2021 geplant? Welche Bedarfe sind dem Senat im Bereich Gründerförderung, insbesondere Seed-Finanzierung bekannt?

Studierendenberatung:

Wie sind bei Ausbau der Kapazitäten der Studierendenberatung die wachsende Anzahl der Studierenden und der wachsende Anteil an ausländischen und jüngeren Studierenden sowie das zunehmend unübersichtliche Studienangebot berücksichtigt?

Frage Nr. 51b, Fraktion der CDU

Institut für Islamische Theologie: Erbeten wird ein Bericht der durch die Humboldt-Universität abgerufenen Mittel zum Aufbau des Instituts für Islamische Theologie unter Angabe der mit den Mitteln finanzierten Maßnahmen. Wie viele Mittel sind im Doppelhaushalt 2020/2021 zur Finanzierung welcher Maßnahmen am Institut für Islamische Theologie eingeplant?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titelübergreifend: Ausweis von geschlechterspezifischen Daten

Frage Nr. 52, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen ergreift die Charité, um das besonders deutliche Missverhältnis zwischen weiblichem Anteil der Studierenden mit 64% (Promotionen 59%, Juniorprofessuren 55%) und Professuren (16%) zu verändern?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) fragt, ob der gewünschte Bericht mit der Antwort zu der Frage Nr. 49 zusammengefasst werden könne.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) zeigt sich damit grundsätzlich einverstanden, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass es noch andere Möglichkeiten gebe, das bestehende Missverhältnis zu beseitigen, als über die Maßnahmen des Berliner Chancengleichheitsprogramm für Frauen in den Wissenschaften. Sie wünsche deshalb eine umfassende Antwort ohne Beschränkung auf das BCP.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht gemeinsam mit einer Antwort zu Frage Nr. 49 erwünscht.

Titel 68521 – Qualitäts- und Innovationsoffensive an Hochschulen – Fördermittel zur Umsetzung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken

Frage Nr. 53a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welchen Titeln sind die Kofinanzierungsmittel für den Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken ab 2021 jeweils veranschlagt? In welcher Höhe?

Sachstandsbericht zu den Ergebnissen der bisher im Rahmen der „Berliner Qualitäts- und Innovationsoffensive“ finanzierten Förder- bzw. Programmteile und Auflistung, welche Maßnahmen in welcher Höhe an den Hochschulen 2020 und 2021 finanziert werden.

Ist eine Fortführung der Qualitäts- und Innovationsoffensive ab 2021 geplant? Wenn ja, in welcher Form und in welcher Länge? Wenn nein, welche Konsequenzen für die Weiterentwicklung der Qualität der Lehre wären zu erwarten?

Könnten im Rahmen des Haushaltstitels die Kosten für Uni Assist für ausländische Studierende analog zu Geflüchteten übernommen werden, um Zugangshürden abzubauen? Was würde das kosten?

Frage Nr. 53b, Fraktion der CDU

Erbeten wird ein Bericht. Welche Maßnahmen und Projekte wurden bisher gefördert? Welche Projekte zur Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium werden verstetigt, fallen weg und kommen hinzu? Anhand welcher Kriterien erfolgt eine

Evaluation der Programme im Hinblick auf die Zielerreichung? Wodurch werden die Mittelkürzungen für die Jahre 2020 und 2021 kompensiert?

Frage Nr. 53c, AfD-Fraktion

Was bedeutet der Ansatz, Studenten „qualitätsgesichert“ zu einem

erfolgreichen Abschluss zu führen, in praxi? Bitte um Darstellung der Maßnahmen im Rahmen der „Berliner Qualitäts- und Innovationsoffensive“. Wie verteilen sich die Mittel auf die Bereiche

- Verbesserung der Qualität der Lehre,
- Weiterentwicklung der Personalstruktur,
- Chancengleichheit von Frauen an den Hochschulen,
- Berücksichtigung der Vielfalt der Studenten,
- Förderung von Gründungsinitiativen im Hochschulbereich sowie
- weitere Zwecke? Wie viele Mittel werden jeweils zur Verfügung gestellt?

Bitte um Darstellung und Beschreibung der Maßnahmen in Bezug auf Chancengleichheit von Frauen und Berücksichtigung der Vielfalt der Studenten.

Bitte um Darlegung des „Gesamtkonzepts Integration und Partizipation“. Bitte um Beschreibung der Maßnahmen zur Förderung des Hochschulzugangs für Flüchtlinge (Beratung, Brückenkurse, psychologischen Betreuung, usw.), Aufschlüsselung der Mittel und der Personalstruktur. Welche Zugangsvoraussetzungen bestehen und mit wie vielen Teilnehmern wird kalkuliert? Welche weiteren Maßnahmen und Mittel gibt es zur Integration von Flüchtlingen an den Hochschulen?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68532 – Zuschuss an das Berliner Institut für Gesundheitsforschung
in Verbindung mit
Titel 89404 – Zuschuss an das Berliner Institut für Gesundheitsforschung für Investitionen

Frage Nr. 54, Fraktion der CDU

Welche Investitionsmaßnahmen werden aus den jeweiligen Titeln finanziert? Wie ist der Zeitplan der Umsetzung?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzI) erinnert daran, dass das Berliner Institut für Gesundheitsforschung – BIG – zu 90 Prozent vom Bund und zu 10 Prozent vom Land Berlin finanziert werde. Es werde unterschieden in Baumaßnahmen, die über 2 Mio. Euro Finanzvolumen hätten, und denjenigen, die darunter lägen. Das bekannteste große Bauvorhaben sei das sogenannte ATIZ am Standort Campus Mitte, der Hauptsitz für das BIG sein solle. Es handele sich seines Erachtens um einen optimalen Platz für die Institution, um die Stärkung der Translocation zu erreichen. Für den Bau sei ein Zuschuss in Höhe von 71,694 Mio. Euro sowie die Fertigstellung im Jahr 2021 geplant. Zweites aktuelles Bauprojekt sei das Käthe-Beutler-Haus

am Campus Buch. Hier sei die Inbetriebnahme für Juni 2020 geplant, und die Gesamtkosten betrügen 24,2 Mio. Euro.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Frage sei damit beantwortet und erledigt.

Titel 68534 – "Zuschuss an "Charité- Universitätsmedizin Berlin""

Frage Nr. 55, Fraktion der CDU

Welche Projekte und Maßnahmen in den Bereichen Forschung, Lehre und Studium werden aus diesem Titel finanziert? Erbeten wird eine standortscharfe Auflistung. Wie ist die personelle Ausstattung an den einzelnen Standorten und welche Veränderungen im Personalbestand sind an den einzelnen Standorten geplant? Wie ist der Mittelabfluss im laufenden Jahr 2019 und wofür wurden die Mittel verwendet?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) meint, die Frage beziehe sich auf die Umsetzung des Charité-Vertrages. Es sei ein Vertrag für die Jahr 2018 bis 2022 abgeschlossen worden. Ähnlich wie bei den Hochschulverträgen werde es eine jährliche Steigerung des Zuschusses um 3,5 Prozent geben, womit die Tarifaufwüchse, aber auch Sondermaßnahmen finanziert würden wie z. B. ein zusätzlicher Pflegestudiengang, das Zentrum zur Erforschung von Alternativen zu Tierversuchen sowie Digitalisierungsprojekte, die es im Bereich Forschung und Lehre gebe. Der Landeszuschuss steige auf rund 240 Mio. Euro; aus ihm würden die Professoren und alle wissenschaftlichen Mitarbeiter – mit Ausnahme der über Drittmittel oder Sonderprojekte des Bundes finanzierten – bezahlt. Der Landeszuschuss sei Kern der Förderung der Charité im Bereich von Forschung und Lehre.

Adrian Grasse (CDU) wünscht trotz der mündlichen Ausführungen schriftlichen Bericht.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) macht darauf aufmerksam, dass das Parlament regelmäßig die Leistungsberichte der Hochschulen erhalte, aus denen hervorgehe, wie die Landeszuschüsse im Einzelnen verwendet würden. Sie vermute, die Berichte liefen lediglich darauf hinaus, dass man Informationen zur aktuellen Datenlage erhalte, die man unter Umständen bereits kenne. Es stelle sich die grundsätzliche Frage, ob eine solche Berichterstattung – auch im ökologischen Sinne, da viel Papier beschrieben werde – sinnvoll sei bzw. wie eine sinnvolle Berichterstattung in dem Zusammenhang auszusehen habe.

Markus Klaer (CDU) erwidert, es sei nicht die Aufgabe eines Abgeordneten, sich hierüber Gedanken zu machen, sondern jene der Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung. Man befinde sich in den Haushaltsberatungen, und derzeit lägen keine aktuellen Leistungsberichte der Hochschulen vor.

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE) pflichtet der Abgeordneten Czyborra bei. Im Übrigen halte sie es für sinnvoll, in der heutigen Sitzung die vorliegenden Fragen bereits abschließend zu beantworten, sofern dies möglich sei.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) stimmt ebenfalls dieser Auffassung zu und regt an, die Antworten möglichst in digitaler Form zu übermitteln, um den Papierverbrauch zu reduzieren.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68540 – Zuschüsse an konfessionelle Fachhochschulen

Frage Nr. 56a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die zu erwartenden Ausbildungskapazitäten von EHB und KHSB in den genannten Bereichen Pflege, Hebammenkunde, Kindheitspädagogik und Soziale Arbeit für 2020/2021 auf Grundlage der hier eingestellten Mittel? Wie hoch sind die Ausbildungskapazitäten anderer Hochschulen in Berlin? Welche Bedarfe werden – auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Akademisierung dieser Berufsbilder – für Absolvent*innen in den genannten Bereichen für 2020/2021 prognostiziert? Welche Bedarfe wurden durch die konfessionellen Hochschulen beim Senat angemeldet?

Wir bitten um einen Bericht.

Frage Nr. 56b, Fraktion der CDU

Auf welche Höhe belaufen sich aus Sicht des Senats die der EHB durch gesetzliche Anforderungen zur Umstrukturierung des Pflegestudiengangs und die Bereitstellung zusätzlicher Studienplätze für Hebammen entstehenden Mehrkosten? Sind diese in den Ansätzen für 2020 und 2021 berücksichtigt und hält der Senat die Mittel zur Kostendeckung für ausreichend (bitte begründen)?

Frage Nr. 56c, AfD-Fraktion

1.) Wie hat sich die Mittelzuweisung an die EHB und KHSB entwickelt? Wie hat sich die Höhe der Kostenübernahme seitens des kirchlichen Trägers entwickelt? Wie haben sich das Aufgabenspektrum und die Tarife weiterentwickelt und inwieweit wurde dies in der Finanzplanung des Senats berücksichtigt?

2.) Bitte um Aufschlüsselung der Mittelverwendung. Wie verteilen sich die für 2020 und 2021 vom Senat angesetzten Mittel auf die Ausbildung von Fachkräften, die Umstrukturierung des Pflegestudiengang, das Angebot an Studienplätzen für Hebammen und Unterhalt der akademischen Infrastruktur, Personalkosten, zusätzliche Sachkosten für den Ausbau des Skills Lab und den Übungskreißaal, etc?

An welchen Stellen sollen gegenüber dem von der EHB angemeldeten Bedarf Einsparungen vorgenommen werden? Soll die EHB auf die Hebammenausbildung und den Pflegestudiengang verzichten oder wie stellt sich der Senat die Finanzierung vor? Welche Kosten werden in dieser Finanzplanung vom kirchlichen Träger übernommen?

3.) Die EHB hat in ihrem Schreiben vom 16. Juli 2019 einen Bedarf von mindestens 10.000.962 € für das Jahr 2020 und 10.018.642 € für das Jahr 2021 geltend gemacht. Der Mehrbedarf ergebe sich laut EHB neben den grundsätzlichen Kostenerhöhungen (Tarifsteigerungen, erhöhte Sachkosten etc.) vor allem aus dem Umstand, dass die

Hebammenausbildung bislang als Modellstudiengang gar nicht vom Land Berlin finanziert wurde und das aufgrund des Pflegeberufereformgesetzes der Pflegestudiengang deutlich mehr von den Ausbildungsanteilen in die Hochschule integrieren muss, die vorher im dualen Studium von den Ausbildungsinstituten übernommen wurden. Wie verteilen sich die Mittel gemäß des von der EHB geltend gemachten Bedarfs? Bitte um Aufschlüsselung.

4) Kann das von der EHB im Schreiben vom 16. Juli 2019 dargelegte erweiterte Aufgabenspektrum nach Auffassung des Senats durch die Ansätze (2020: 7.049.916 €; 2021: 7.094.154 €) abgedeckt werden? An welcher Stelle soll die EHB nach Auffassung des Senats Kürzungen vornehmen, damit die veranschlagten Mittel ausreichen?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68543 – Zuschüsse an Fachhochschulen

Frage Nr. 57a, Fraktion der CDU

Wie viele der im laufenden Jahr 2019 angesetzten Mittel sind abgeflossen (hochschul-scharf)?

Wie ist der aktuelle Stand der strategischen Standortplanung der Beuth Hochschule? Welche Erweiterungspotentiale sollen erschlossen werden? Wie groß ist der derzeitige Flächenmehrbedarf? Welche Maßnahmen werden von der Hochschule als prioritär eingestuft? Zur Finanzierung welcher Maßnahmen sollen die angesetzten Mittel verwendet werden?

Inwieweit decken die zur Verfügung stehenden Mittel die prognostizierten Kosten?

Frage Nr. 57b, AfD-Fraktion

Welche Kostensteigerung ist durch Erweiterung des Aufgabenspektrums der einzelnen Fachhochschulen bedingt? Welchen Mehrbedarf gibt es durch die Schaffung neuer Studiengänge? Wie hat sich die Zahl der Studenten entwickelt? Wie hat sich die Höhe der Mittel für die Forschung entwickelt? Welche Kostensteigerungen gibt es durch Tarifierpassungen?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Tobias Schulze (LINKE) meint, die Berichtswünsche betreffen die grundsätzliche Frage, wie man in der Haushaltsdebatte mit Globalbudgets umgehe. Unabhängig von Fragen z. B. zu strukturellen Veränderungsmaßnahmen liefen Fragen wie etwa zum Mittelabfluss dem Wesen der Globalbudgets zuwider. Angesichts fünfjähriger Hochschulverträge mit festen Budgets halte er eine solche Abfrage nicht für zweckmäßig.

Markus Klaer (CDU) erwidert, die Fragen der CDU gingen deutlich darüber hinaus und bezögen sich z. B. auch auf Flächenmehrbedarfe. Diese Information sei nicht dem Haushalts-

plan zu entnehmen und hierzu erbitte er Bericht. Die erste Frage seiner Fraktion sei aber damit erledigt.

Vorsitzender Martin Trefzer fasst zusammen, dass ein schriftlicher Bericht erstellt werde, allerdings ohne die erste Frage der CDU.

Titel 68555 – Zuschuss an das Zentrum für Informationstechnik

Frage Nr. 58, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Entwicklung der Grundfinanzierung seit 2001 im Vergleich zur Drittmittelfinanzierung unter Berücksichtigung von Math+ und Kostensteigerungen

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) stellt die Entwicklung dar: Die Grundfinanzierung habe 2001 rund 7,85 Mio. Euro betragen und sei bis 2018 auf 9,05 Mio. Euro gestiegen. Damit seien Kostensteigerungen im Bereich der Tarifaufwüchse dargestellt worden. Das Zentrum für Informationstechnik habe – auch in den vergangenen Jahren – durchaus höhere Bedarfe angemeldet. Aktuell befinde man sich mit dem Zentrum in der Diskussion über eine Veränderung der Struktur. Man gehe davon aus, dass mit dem jetzt vorgesehenen Zuschuss die Finanzierung gesichert sei.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) erbittet schriftliche Antwort.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

[Sitzungsunterbrechung von 12.00 bis 12.18 Uhr]

Titel 68556 – Zuschuss an den ESCP Europe Wirtschaftshochschule Berlin e. V.

Frage Nr. 59, AfD-Fraktion

Bitte um Darstellung der Entwicklung der Gesamtausgaben, der Studenten- und Absolventenzahlen, der Zahl der Promotionen und Mitarbeiter. Bitte um Nennung der Studienprogramme und Lehrstühle.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68559 – Zuschüsse aus Bundesmitteln für den Hochschulpakt 2020 – Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken

Frage Nr. 60a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Nach welchen Kriterien werden die Mittel aus diesem Titel – insbesondere die über die Vereinbarung in den Hochschulverträgen und in der Berliner Qualitäts- und Innovationsoffensive hinausgehenden Mittel – vergeben?

Frage Nr. 60b, AfD-Fraktion

Bitte um Darstellung der Vorhaben und Aufschlüsselung der Mittel.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68561 – Berlin School of Public Health

Frage Nr. 61a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie entwickelt sich die BSPH? Welche Angebote macht sie momentan und welche Stellen sind besetzt? Wie werden Kostensteigerungen abgefangen?

Frage Nr. 61b, AfD-Fraktion

Bitte um Aufschlüsselung der Mittelverwendung.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) weist darauf hin, dass sich die Berlin School of Public Health – BSPH – in den letzten Jahr gut entwickelt habe. Es sei ein neues Zukunftskonzept vorgelegt worden. Die Finanzierung der BSPH speise sich zum einen in Höhe von 250 000 Euro aus dem Titel 68561 – Berlin School of Public Health, zum anderen stünden jedes Jahr 500 000 Euro aus dem Charité-Vertrag zur Verfügung. Daraus würden zusätzliche Professuren finanziert sowie Studiengänge und Weiterbildungsmaßnahmen eingerichtet. Die beteiligten Hochschulen – TU Berlin, Charité und Alice Salomon Hochschule – steuerten darüber hinaus Eigenmittel bei, um die BSPH weiterzuentwickeln. Die Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung – habe ausdrückliches Interesse, dass zukünftig FU Berlin sowie Humboldt-Universität nicht nur als Kooperationspartner beteiligt seien, sondern Teil der BSPH würden.

Tobias Schulze (LINKE) erkundigt sich nach der aktuellen Stellenbesetzungssituation.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) antwortet, die BSPH habe insgesamt 26 Beschäftigte auf 18,25 Vollzeitstellen, darunter Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter. Die Professuren seien mittlerweile alle besetzt.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Fragen seien damit beantwortet und erledigt.

**Titel 68559 – Zuschüsse aus Bundesmitteln für den Hochschulpakt 2020 –
Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken**
in Verbindung mit
**Titel 23159 – Zuweisungen des Bundes für den Hochschulpakt 2020 –
Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken**

Frage Nr. 62, Fraktion der CDU

Wie viele Mittel sind 2018 und 2019 zur Umsetzung welcher Maßnahmen im Rahmen des Hochschulpaktes abgeflossen? Woher resultiert der Restbetrag in 2018? Was sind die Gründe dafür, dass die Mittel nicht vollständig abgeflossen sind?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzI) weist darauf hin, dass zu den Fragen Nr. 60a und b bereits ein Bericht zum Hochschulpakt angefordert worden sei und in dem Rahmen auch auf die vorliegenden Fragen eingegangen werde. Vorab könne er berichten, dass Bestandteil der jetzt zur Verfügung stehenden Mittel zum einen 144 Mio. Euro über den Hochschulvertrag seien, die jährlich an die elf staatlichen Hochschulen flössen, und darüber hinaus 11 Mio. Euro für die Charité. Die Finanzierungen speisten sich aus den Mitteln für die zusätzlichen Studienanfänger, die die einzelnen Hochschulen aufgenommen hätten. Darüber hinaus stünden aus Hochschulpaktmitteln 7,1 Mio. Euro für die Qualitäts- und Innovationsoffensive zur Verfügung, was einer Vereinbarung aus der Hochschulpaktphase 2015 bis 2020 entspreche, Mittel für die Qualitätssicherung zur Verfügung zu stellen. Die Offensive laufe noch bis September 2020, sodann müsse mit den staatlichen Hochschulen über eine Fortsetzung gesprochen werde. Dies könne auch bedeuten, dass andere Schwerpunkte als die bisherigen – Dauerstellen, Gründungsförderung, Einwerbung von ERC-Grants, Qualitätsverbesserung im Bereich von Lehrveranstaltungen – gesetzt würden. Alles in allem komme man auf ein Gesamtvolumen von gut 162 Mio. Euro, das man gerne weiter gesichert wissen wolle. Nach derzeitigem Stand der Verteilung der Bundesmittel über den neuen Zukunftsvertrag werde eine ähnlich hohe Summe für Berlin abgebildet, da es auch eine Sonderfinanzierung in Höhe von 30 Mio. Euro für das Land Berlin geben werde.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Frage sei damit beantwortet und erledigt.

Titel 68562 – Zuschüsse an Kunsthochschulen

Frage Nr. 63, AfD-Fraktion

Wie hat sich das Aufgabenspektrum der einzelnen Kunsthochschulen entwickelt? Welche Kostensteigerungen sind durch Erweiterung des Aufgabenspektrums der einzelnen Kunsthochschulen bedingt?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzI) erinnert daran, dass es auch für die Kunsthochschulen einen Hochvertrag gebe der die Jahre 2018 bis 2022 umfasse. Im Rahmen der Verhandlungen sei es beispielsweise der Kunsthochschule Weißensee darum gegangen, im Masterbereich die Studienmöglichkeiten auszubauen. Allen Kunsthochschulen sei es wichtig gewesen, im Bereich der Digitalisierung voranzukommen. Aus diesem Grund seien dafür zusätzliche Mittel

zur Verfügung gestellt worden. Selbstverständlich müssten auch die Tarifsteigerungen finanziert werden, weswegen die Kunsthochschulen ebenfalls an dem dafür vorgesehen 3,5-prozentigen Aufwuchs der Mittel partizipierten.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Frage sei damit beantwortet und erledigt.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Frage Nr. 64a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

TA 4, 6, 7, 8, 9, 10 und 11:

Welche besonderen Umstände machen eine Finanzierung der Hochschulen außerhalb der Hochschulverträge und der entsprechenden Haushaltstitel erforderlich? Bitte einzeln ausführen.

TA 3:

Wir bitten um einen Bericht:

Welche Vorhaben sollen hier genau gefördert werden? Welche konkreten Planungen bestehen bereits für 2020 und 2021? Nach welchem Verfahren sollen die durchführenden Organisationen bestimmt werden?

TA 6:

Wir bitten um einen Bericht:

Welche Mehrkosten sollen mit diesen Geldern kompensiert werden? Wodurch sind diese Mehrkosten entstanden? Wie wurden diese Mehrkosten berechnet? Welche Institutionen sind antragsberechtigt? Wie sollen die hier eingestellten Mittel vergeben werden? Welche Kriterien – insbesondere bei der Personalplanung der Hochschulen – müssen zur Vergabe dieser Mittel erfüllt werden? Wie wird ein Einsatz der Mittel zur gesetzeskonformen Beschäftigung von studentischen Beschäftigten sichergestellt?

TA 7:

Bitte um Erläuterung im Rahmen des Berichtsauftrags zu Titel 54010.

Frage Nr. 64b, Fraktion der CDU

Von welchen Personalmehrkosten der einzelnen Hochschulen wurde bei der Festlegung der Zuschüsse ausgegangen? Zu welchem Anteil decken die Zuschüsse die Personalmehrkosten der einzelnen Hochschulen? Nach welchen Kriterien erfolgt die Zuweisung der Mittel an die Hochschulen? Wurden bei der Festlegung der Ansätze die Kosten, die den Hochschulen bereits im laufenden Jahr 2019 entstanden sind, be-

rücksichtigt? Wenn nein, wie sollen diese von den Hochschulen kompensiert werden?

Frage Nr. 64c, AfD-Fraktion

Wodurch kommt es zur Verdreißigfachung des Ansatzes?

TA 1: Wie viele Berliner Studenten waren in den letzten Jahren Stipendiaten der Studienstiftung des Deutschen Volkes? Wie viele Mittel gingen von der Studienstiftung in den letzten Jahren nach Berlin?

TA 3: Bitte um Darstellung der Vorhaben und Kooperationspartner, Aufschlüsselung der Mittelverwendung und Erklärung für die Erhöhung des Ansatzes.

TA 4: Auf welchen Zeitraum ist dieses Projekt angelegt? Wer sind die Kooperationspartner in Kultur und Wissenschaft? Welches Kulturgut ist Gegenstand der Digitalisierung.

TA 5: Wie gestaltet sich die Folgefinanzierung?

TA 6: Wie verteilen sich die Zuschüsse auf die einzelnen Hochschulen? Auf welcher Annahme basiert der Ansatz?

Welchen Mehrbedarf haben die Hochschulen gegenüber dem Senat bezüglich des Tarifwechsels angemeldet, nachdem die erste grobe Schätzung der LKRP für 2500 von der Umgruppierung betroffene Studenten mindestens fünf Millionen Euro im Jahr veranschlagt hat?

Wie viele Studenten sind von dem Tarifwechsel betroffen? Welche Tätigkeiten üben sie aus? Um wie viel könnten die Ausgaben durch eine Anpassung des BerlHG gesenkt werden?

TA 7: Bitte um Darstellung der konkreten Vorhaben zur Digitalisierung und Aufschlüsselung der Mittelverwendung.

TA 8: Werden zusätzliche Stellen geschaffen oder fallen VZÄ bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen weg und werden lediglich an die Universitäten verlagert? Wie wurde die Aufgabenverteilung in diesem Bereich genau umgestaltet, um kosteneffizienter bzw. schneller ausschreiben zu können?

TA 10: Bitte um Darstellung der Struktur und Gesamtfinanzierung der Etablierung der Sammlung, der Erforschung der Artefakte und des neuen Kompetenzzentrums Antisemitismus.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Frage Nr. 65, Fraktion der CDU

Erbeten wird eine Auflistung der Funktionen, die das Portal Praxissemester erfüllt. Wer hat Zugriff auf das Portal? Durch wen und auf welchem Wege werden die Zugangsdaten vergeben? Aus welchen Gründen ist eine Weiterentwicklung notwendig und welche konkreten Anpassungen sollen vorgenommen werden? Gab es in der Vergangenheit technische (oder ggf. andere) Probleme, durch die ein Zugriff auf das Portal Praxissemester (ggf. zeitweise) nicht möglich war? Wer ist für die Aktualisierung und Übermittlung der Daten zuständig? Wie haben sich die Zugriffszahlen entwickelt? Inwiefern soll das Portal Praxissemester weiterentwickelt und angepasst werden? Wie hoch ist der Anteil der Mittel, die hierfür im Haushaltsplanentwurf vorgesehen sind?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68570 – Zuschuss an die Einstein-Stiftung-Berlin

Frage Nr. 66, AfD-Fraktion

Bitte um Aufschlüsselung der Mittelverwendung. Welcher Bedarf wurde angemeldet? Wie ist die Kostensteigerung von vormals 350.000 auf 690.000 Euro zu erklären?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht in Verbindung mit der Frage Nr. 50 erwünscht.

Titel 89360 – Zuschuss an das Studierendenwerk für Investitionen

Frage Nr. 67a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie haben sich die Kosten des Studierendenwerks für investive Maßnahmen entwickelt? Welche Investitionsbedarfe sind bekannt und in welchem Zusammenhang stehen diese zur eingestellten Summe?

Warum gibt es hier von 2018 bis 2021 keinen moderaten Aufwuchs?

Wo sind die Mittel für bauliche Investitionen hinterlegt?

Frage Nr. 67b, AfD-Fraktion

Bitte um Aufschlüsselung der Mittelverwendung. In welcher Höhe wurde ein Investitionsbedarf angemeldet?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erinnert daran, dass es bereits einen Berichtsauftrag zum Studierendenwerk gebe. Er rege an, einen Gesamtbericht zu erstellen

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Gesamtbericht zum Studierendenwerk erwünscht.

- Titel 89401 – Investive Zuschüsse an Universitäten**
- Titel 89402 – Investive Zuschüsse an Fachhochschulen**
- Titel 89403 – Investive Zuschüsse an künstlerische Hochschulen**
- Titel 89404 – Zuschuss an das Berliner Institut für Gesundheitsforschung für**
- Titel 89419 – Investitionspakt Hochschulbau**
- Titel 89434 – Zuschuss an Charité-Universitätsmedizin Berlin für Investitionen**
- Titel 89435 – Zuschuss an Charité-Universitätsmedizin Berlin zur Erneuerung
der technischen Infrastruktur"**
- Titel 89440 – HTW, Ersatz und Erweiterung der IT-Infrastruktur**
- Titel 89442 – HU, Umbau und Sanierung für das Institut für Rehabilitationswissen-
schaften, Ziegelstr. 5**
- Titel 89453 – Charité, Sanierung der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie,
CCM**
- Titel 89456 – Charité, Sanierung Fassade 1. BA, CBF**
- Titel 89459 – Charité, Einrichtung eines standortübergreifenden IT-Zentrums,
CCM**
- Titel 89465 – Charité, Forschungseinrichtung für Experimentelle Medizin; CCB**
- Titel 89466 – Charité, Sanierung Hochhauskomplex inklusive ergänzender
Maßnahmen, CCM**
- Titel 89467 – Charité, Flankierende Maßnahmen Hochhauskomplex Mitte, CCM**
- Titel 89469 – Charité, Forschungsgebäude Berlin Center of Advanced Therapies
(BeCAT), CVK**
- Titel 89470 – Charité, Erneuerung Nachrichten- und Sicherheitstechnik,
Gebäudeautomation und MSR-Technik, alle Campus**
- Titel 89471 – Charité, TU-Forschungsbau der simulierte Mensch, CVK**
- Titel 89472 – Charité, Sanierung Hessische Straße Kopfbau, CCM**
- Titel 89473 – Charité, Sanierung Friedrich Busch Haus, CCM**
- Titel 89475 – Charité, Erneuerung Zentrale Kälte, CVK**
- Titel 89476 – Charité, Neubau Universitäres Herzzentrum Berlin inkl. Zentraler
Notaufnahme, CVK**
- Titel 89478 – Charité, Ambulanz-, Translations- und Innovationszentrum (ATIZ),
CCM**
- Titel 89483 – Charité, Sanierung Pflegestationen, 2. BA., CBF**
- Titel 89485 – Charité, Sanierung Behandlungsbau, Komplettierung OP-Ebene, CBF**
- Titel 89486 – Charité, Neubau einer Vorklinik, CCM**
- Titel 89489 – Charité, Sanierung Pflegestationen, CBF**
- Titel 89490 – Charité, Sanierung OP und Intensivmedizin; CBF"**
- Titel 89494 – Charité, Forschungszentrum für Immun- und Neurowissenschaften,
CCM**

Titelübergreifend: Investitionen

Frage Nr. 68, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Zusätzlichen Investitionsmittel müssten bereitgestellt werden, um den 6-Punkte Sofortplan von Hochschulen und Senat umzusetzen?

Welche zusätzlichen Mittel müssten bereitgestellt werden, um ein Standortentwicklungskonzept für alle 11 staatlichen Hochschulen inklusive Sanierung, Flächenerwerb und Neubau bis 2035 zu finanzieren?

Wie wird der zusätzliche Investitionsbedarf von ca. 156 Mio. EUR (lt. Roter Nr. 0139D), den die Hochschulen nicht tragen können, in den kommenden Jahren im DHH 20/21 verankert?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) weist darauf hin, dass Berlin als eines der ersten Bundesländer bereits im Jahr 2016 einen mehrjährigen Investitionspakt für die Hochschulen – für die Jahre 2017 bis 2026 – abgeschlossen habe. Dies sei mit einer deutlichen Steigerung der Investitionen im Vergleich zu den Vorjahren verbunden gewesen, ausgehend von rund 60 Mio. Euro und einem Index von 2 Prozent plus 32 Mio. Euro, die aus den zusätzlichen Leistungen des Bundes beim Bafög geflossen seien, sowie zusätzlichen SIWANA-Mitteln. Es sei im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs gelungen, den Investitionspakt bis 2032 zu verlängern. Ziel sei es, in diesem Zeitraum den Investitionsbedarf, der in einem Gutachten ermittelt worden sei, abzubauen. Dies stelle eine sehr gute Basis dar, um sukzessive die Berliner Hochschulen zu modernisieren, sei aber auch ein Prozess, der in den kommenden Haushaltsberatungen immer wieder eine Rolle spielen werde. Zu den Mitteln des Investitionspaktes kämen weitere Finanzmittel, aus denen Investitionsmaßnahmen finanziert würden, wie z. B. die Sonderfinanzierung für das Museum für Naturkunde oder Mittel für die am Terminal A des Flughafens Tegel geplanten Maßnahmen für die Beuth Hochschule. Alles in allem gehe es um einen in den nächsten 15 Jahren zur Verfügung gestellten Betrag, der deutlich im Milliardenbereich liege.

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE) schlägt vor, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht mit einer Antwort zur Frage Nr. 73 zu erstellen.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) merkt an, dass das Thema Investitionen in vielen verschiedenen Titeln eine Rolle spiele. Er biete einen umfangreichen Bericht zu allen vorgesehenen Baumaßnahmen im Hochschulbereich und einen extra Bericht zur Charité an. Falls ein Bericht zu den Sanierungsmaßnahmen am Museum für Naturkunde gewünscht werde, hielte er einen eigenständigen Bericht für diesen Bereich für sinnvoll.

Tobias Schulze (LINKE) erinnert daran, dass im Zusammenhang mit dem Gutachten zum Sanierungsbedarf auch über eine strukturierte Masterplanung gesprochen worden sei, und erbittet mündlich eine kurze Einschätzung, in welchem Umfang diese Planungen mit den vorgesehenen Mitteln bewältigt werden könnten bzw. ob eine Aufstockung erforderlich wäre.

Markus Klaer (CDU) spricht sich für einen gemeinsamen Bericht aus und wünscht im Rahmen der Berichterstattung zusätzlich Informationen zum Botanischen Garten – siehe auch Frage Nr. 69a.

Christian Buchholz (AfD) stimmt ebenfalls einem gemeinsamen Bericht zu, bittet aber gleichzeitig darum, in dem Bericht den Bezug zu dem jeweiligen Haushaltstitel kenntlich zu machen und bei hohen Veranschlagungen wie z. B. bei Titel 89401 – Investive Zuschüsse an Universitäten die Mittelverwendung aufzuschlüsseln.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) sagt dies zu. Dem Bericht zu den Baumaßnahmen im Hochschulbereich werde man das Gutachten zum Sanierungsbedarf sowie die Hochschulentwicklungspläne, die jede Hochschule bis 2020 vorlegen müsse, zugrunde legen. – Zur Frage, ob die Mittel ausreichen: Die Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung – sei mit der Entwicklung im Investitionsbereich durchaus zufrieden. Viele Jahre sei wenig investiert worden, und seit einigen Jahren werde der Gebäudebestand nach und nach saniert. Gleichwohl sei nicht zu verhehlen, dass der ermittelte Sanierungsbedarf in Höhe von rund 3,2 Mrd. Euro für die 451 untersuchten Objekte – ohne Neubauten und ohne Charité – eine enorme Herausforderung darstelle. Es bestehe nun Planungssicherheit in der Investitionsplanung, und es könne mit vielen Baumaßnahmen begonnen werden. Wenn der Haushalt wie vorgelegt beschlossen werde, werde insbesondere den Fachhochschulen, die einen enormen Aufwuchs an Studienplatzzahlen in den vergangenen zehn Jahren zu verzeichnen gehabt hätten, eine sehr gute Perspektive geboten. Es könnten ebenfalls an den Universitäten, aber auch beim Botanischen Garten Akzente gesetzt werden. Diese Ausstattung sei jedoch nicht dergestalt, dass man z. B. bei der zukünftigen Verteilung von SIWANA-Mitteln verzichten wolle.

Vorsitzender Martin Trefzer fasst zusammen, es werde ein gemeinsamer schriftlicher Bericht zu den Fragen Nr. 68, 69, 70, 71 und 73 erwünscht.

Titel 89401 – Investive Zuschüsse an Universitäten

Frage Nr. 69a, Fraktion der CDU

Erbeten wird eine hochschulscharfe Auflistung der Maßnahmen, die aus diesem Titel finanziert werden sollen. Welche Maßnahmen wurden von den Universitäten als prioritär eingestuft? Wie gestaltet sich der Mittelabfluss im laufenden Jahr 2019? Zu welchem Anteil decken die Zuschüsse die prognostizierten Kosten?

Wie hoch ist der Anteil, der dem Botanischen Garten über die Zuschüsse an die Freie Universität zur Verfügung steht (bitte den prozentualen Anteil am Zuschuss der FU sowie die dem BG jährlich zur Verfügung stehenden Mittel angeben). Wie hoch ist der aktuelle Sanierungsbedarf der Gewächshäuser des Botanischen Gartens (maßnahmenscharf)? Wie hoch sind die Gesamtkosten aller durchzuführenden Maßnahmen und welcher prozentuale Anteil der Kosten ist durch die zur Verfügung stehenden Mittel gedeckt?

Wie groß ist der Personalmehrbedarf und welcher Aufwuchs soll mit den Mitteln realisiert werden? Wie hoch sind die Gesamtkosten zur Digitalisierung der Botanischen Sammlung? Sind im aktuellen Haushaltsplanentwurf entsprechende Mittel veranschlagt?

Frage Nr. 69b, AfD-Fraktion

Bitte um Aufschlüsselung der Mittelverwendung.

Der **Ausschuss** beschließt einen gemeinsamen Bericht – siehe Beschluss zu Nr. 68.

Titel 89402 – Investive Zuschüsse an Fachhochschulen

Frage Nr. 70, AfD-Fraktion

Bitte um Aufschlüsselung der Mittelverwendung.

Der **Ausschuss** beschließt einen gemeinsamen Bericht – siehe Beschluss zu Nr. 68.

Titel 89403 – Investive Zuschüsse an Kunsthochschulen

Frage Nr. 71, AfD-Fraktion

Bitte um Aufschlüsselung der Mittelverwendung.

Der **Ausschuss** beschließt einen gemeinsamen Bericht – siehe Beschluss zu Nr. 68.

Titel 89404 – Zuschuss an das Berliner Institut für Gesundheitsforschung

Frage Nr. 72, AfD-Fraktion

Bitte um Bericht zur künftigen Organisationsstruktur nach der Integration des BIG in die Charité und Aufschlüsselung der Mittelverwendung.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erläutert, dass die Verwaltungsvereinbarung zum BIG inzwischen vom Regierenden Bürgermeister und der Bildungsministerin unterschrieben worden sei. Danach werde das BIG als eigenständige Körperschaft aufgelöst und in die Charité als eine dritte Säule integriert, womit verschiedene organisatorische Veränderungen verbunden seien. So werde es einen Verwaltungsrat geben, in dem der Bund den Vorsitz, das Land den stellvertretenden Vorsitz innehaben werde. Es werde ein Direktorium aus mindestens zwei Mitgliedern geben, wobei der Direktor gleichzeitig dem Vorstand der Charité angehören solle, sowie einen wissenschaftlichen Beirat. Die Verwaltungsvereinbarung müsse noch vom Parlament beschlossen werden. In dem Zusammenhang müssten eine Art Auflösungsgesetz für das vorhandene BIG-Gesetz sowie verschiedene Änderungen im UniMed-Gesetz beschlossen werden.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, der Berichtswunsch sei damit erledigt.

Titel 89419 – Investitionspakt Hochschulbau

Frage Nr. 73a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zu laufenden und geplanten Investitionsmaßnahmen und zum Investitionsbedarf im Hochschulbereich

insbesondere

Bericht zum Investitionspakt Hochschulbau 2017-2026

Welche jetzt ungenutzten Flächen könnten durch zügige Sanierung wieder in Betrieb genommen werden? Welche konsumtiven Einsparungen im Bereich von Mieten für jetzt ersatzweise angemieteten Flächen könnten erzielt werden? Welche jährlichen Summen müssten angesetzt werden, um bis 2030 alle Sanierungen durchgeführt zu haben? Welche jährlichen Summen müssten für Grundstückankauf und Neubau bis 2030 veranschlagt werden um bei gleichbleibenden Studierendenzahlen die Bedarfe zu decken und eine stadtentwicklungspolitisch sinnvolle Entwicklung der Campi zu ermöglichen?

Wie sollen die Aufwüchse der Studierendenzahlen im Bereich der Fachhochschulen räumlich untersetzt werden (insbesondere ASH, HWR)?

Warum sind pro Jahr nur 7 Mio. EUR eingestellt, wenn das Ist 2018 16 Mio. EUR betrug?

Frage Nr. 73b, Fraktion der CDU

Erbeten wird ein Bericht aller seit dem Start des Investitionspaktes Wissenschaft finanzierten Bau- und Sanierungsmaßnahmen unter Zuweisung der jeweils verwendeten Mittel sowie unter Angabe des Jahres der Fertigstellung. Welche Projekte befinden sich aktuell in der Umsetzung und wann ist die Fertigstellung geplant? Wie viele Mittel sind im laufenden Jahr 2019 bereits abgeflossen? Welche weiteren Projekte sollen in den 2020 und 2021 finanziert werden? Woraus resultiert der Rest in 2018?

Frage Nr. 73c, AfD-Fraktion

Wie verteilen sich die Mittel auf die Hochschulen und die Charité-Universitätsmedizin? Welche Vorhaben stehen an und wie gestaltet sich die Prioritätensetzung im Rahmen der Anmeldungen für Sanierungsmaßnahmen?

Der **Ausschuss** beschließt einen gemeinsamen Bericht – siehe Beschluss zu Nr. 68.

Titel 89434 – Zuschuss an Charité-Universitätsmedizin Berlin für Investitionen

Frage Nr. 74, Fraktion der CDU

Ist zwischen der Senatsinnen- und der Senatswissenschaftsverwaltung abgestimmt und somit sichergestellt, dass der neuzubauende Hubschrauberlandeplatz auch im Falle einer Neuausschreibung seinen Standort am Campus Benjamin Franklin der Charité haben wird? Welche Mittel werden hierfür vorgehalten und wie ist der aktuelle Zeitplan zur Umsetzung der Baumaßnahme?

Welche räumlichen und personellen Ressourcen im Bereich der Kindernotfallversorgung werden an den einzelnen Standorten vorgehalten? Wie ist der Auslastungsgrad an den einzelnen Standorten (unter Angabe der Patientenzahlen)? Welcher personelle Mehrbedarf besteht und welcher Aufwuchs ist geplant (standortscharf)? Wie hoch sind die finanziellen Mittel, die für Investitionsmaßnahmen im Bereich der Kindernotfallversorgung an den einzelnen Standorten in den Jahren 2020 und 2021 zur Verfügung stehen?

Der **Ausschuss** beschließt einen gemeinsamen Bericht zu den Investitionstiteln der Charité – siehe Diskussion zu Nr. 68.

Titel 89453 – Charité, Sanierung der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, CCM

Titel 89466 – Charité, Sanierung Hochhauskomplex inklusive ergänzender Maßnahmen, CCM

Titel 89467 – Charité, Flankierende Maßnahmen Hochhauskomplex Mitte, CCM

Titel 89476 – Charité, Neubau Universitäres Herzzentrum Berlin inkl. Zentraler Notaufnahme, CVK

Titel 89478 – Charité, Ambulanz-, Translations- und Innovationszentrum (ATIZ), CCM

Titel 89483 – Charité, Sanierung Pflegestationen, 2. BA., CBF

Titel 89485 – Charité, Sanierung Behandlungsbau, Komplettierung OP-Ebene, CBF

Titel 89489 – Charité, Sanierung Pflegestationen, CBF

Titel 89490 – Charité, Sanierung OP und Intensivmedizin; CBF

Frage Nr. 75, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Mittel werden bei der Sanierung einzelner Bereiche der Charité zur Einrichtung von Stationsküchen vorgesehen? Wurden hierfür von der Charité Bedarfe bei diesem oder anderen Titeln angemeldet?

Der **Ausschuss** beschließt einen gemeinsamen Bericht zu den Investitionstiteln der Charité – siehe Diskussion zu Nr. 68.

Titel 89465 – Charité, Forschungseinrichtung für Experimentelle Medizin; CCB

Frage Nr. 76, Fraktion der CDU

Aus welchen Gründen war die Errichtung eines Ersatzneubaus auf dem Campus Berlin Buch notwendig? Welche Auswirkungen hat dies auf das Forschungszentrum für experimentelle Medizin (FEM) am Charité Campus Benjamin Franklin? Ist die Baumaßnahme mittlerweile abgeschlossen? Für wann war die Fertigstellung und Inbetriebnahme ursprünglich vorgesehen? Wie hoch sind die bisherigen Kosten der Baumaßnahme? Welcher Finanzierungsanteil an dem Projekt wurde vom Land Berlin übernommen? Wie hoch war der Finanzierungsanteil aus „Eigenmitteln“ der Charité?

Der **Ausschuss** beschließt einen gemeinsamen Bericht zu den Investitionstiteln der Charité – siehe Diskussion zu Nr. 68.

Titel 89476 – Charité, Neubau Universitäres Herzzentrum Berlin inkl. Zentraler Notaufnahme, CVK

Titel 68517 – Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an Hochschulen

Titel 68534 – Zuschuss an Charité- Universitätsmedizin Berlin

Frage Nr. 77, Fraktion der CDU

Wie hoch ist der Anteil, der im Zusammenhang mit dem Neubau des UHZB steht? Warum wird der Neubau für das UHZB nicht mehr in einem separaten Titel ausgewiesen? Zu Titel 89476, Ansatz 2019: 5.000.000 Euro: Wie hoch ist der bisherige Mittelabfluss und zur Finanzierung welcher Maßnahmen wurden die Mittel verwendet?

Wie ist der Umsetzungsstand der Integration der herzmedizinischen Einrichtungen von Charité und DHZB? Wann ist die Inbetriebnahme des UHZB geplant? Welche Kapazitäten werden vorgehalten? Wie viel Personal wird eingesetzt?

Der **Ausschuss** beschließt einen gemeinsamen Bericht zu den Investitionstiteln der Charité – siehe Diskussion zu Nr. 68.

Titel 89485 – Charité, Sanierung Behandlungsbau, Komplettierung OP-Ebene, CBF

Frage Nr. 78, Fraktion der CDU

Erbeten wird eine Gegenüberstellung der vorgehaltenen Kapazitäten vor Beginn sowie nach Abschluss der Maßnahme.

Der **Ausschuss** beschließt einen gemeinsamen Bericht zu den Investitionstiteln der Charité – siehe Diskussion zu Nr. 68.

Kapitel 0340 – Forschung

Titelübergreifend: Zuwendungen/Zuschüsse/Rückzahlungen

Frage Nr. 79, Fraktion der CDU

Wie hat sich das Verhältnis der Einnahmen von EU- und Bundes- zu Landesmitteln in den vergangenen fünf Jahren entwickelt? Wie hoch ist der Anteil an EU-, Bundes- und Landesmitteln am Gesamthaushalt 2020/2021? Wie hoch waren die in den vergangenen zwei Jahren zurückgezahlten EU- und Bundesmittel?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erläutert, die EU-Mittel seien nicht Bestandteil der gemeinschaftsfinanzierten Forschung und würden unter dem Einnahmetitel Titel 27296 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020) und dem Ausgabetitel Titel 68596 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020) ausgewiesen. Die Entwicklung des Verhältnisses von Landes- zu Bundesmitteln, die für die gemeinschaftlich finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen aufgewendet würden, könne er verlesen – sie liege ihm in tabellarischer Form vor – oder die Tabelle einem schriftlichen Bericht anfügen.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 11934 – Rückzahlungen überzahlter Beträge

Frage Nr. 80, Fraktion der CDU

Wodurch sind die hohen Einnahmen durch Rückzahlungen überbezahlter Beträge entstanden? Für welche Maßnahmen wurden Beträge überbezahlt? Warum wurden diese nicht in Anspruch genommen?

Jutta Koch-Unterseher (SKzl) erklärt, in diesem Titel seien die Rückzahlungen des Bundes nachgewiesen, wobei es insbesondere um die Erstattung sogenannter Zweckausgaben durch den Bund für Aufwendungen gehe, die in Verbindung mit der Zentralstelle für radioaktiven Abfall – ZRA – entstanden seien. Es existierten dort Aufwendungen, die zunächst das Land Berlin leiste und die aufgrund des Fehlens eines Endlagers für diese Kategorie von Abfällen vom Bund in bestimmten Abständen erstattet würden. Die etwas größere Summe als regulär üblich sei darauf zurückzuführen, dass der Bund bestimmte Erstattungsaspekte wie z. B. indirekte Personalausgaben erst nach längeren Diskussionen mit anderen Bundesländern und über einen längeren Zeitraum – von 2013 bis 2018 – erstattet habe.

Markus Klaer (CDU) erkundigt sich, um welche radioaktiven Abfälle es sich dabei handele.

Jutta Koch-Unterseher (SKzl) antwortet, es handele sich um schwach und mittel radioaktive Abfälle, die vorrangig nicht im Bereich von Wissenschaft und Forschung entstünden, sondern beispielsweise aus Arztpraxen und Krankenhäusern stammten. Nach Atomgesetz sei jedes Land verpflichtet, eine solche Zentralstelle für radioaktiven Abfall zu betreiben.

Markus Klaer (CDU) möchte wissen, was mit dem radioaktiven Abfällen des Forschungsreaktors BER II geschehe.

Björn Maul (SKzl) erklärt, bei diesen radioaktiven Abfällen müsse man in zwei Kategorien unterscheiden: Abfälle, die im laufenden Betrieb anfielen wie z. B. Kühlwasser, das ausgetauscht werde, gingen an die Zentralstelle des Landes, und Abfälle, die bei Stilllegung und Rückbau des Reaktors anfielen, würden vom Helmholtz-Zentrum Berlin – HZB – über ein zentrales Lager des Bundes entsorgt.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Frage sei damit erledigt.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Frage Nr. 81, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Für welche Aufgaben sind die für 2020 und 2021 zusätzlich eingeplanten Stellen, insbesondere für eine*n Senatsrät*in (A16), eine*n Regierungsdirektor*innen (A15), eine*n Oberregierungsrät*in (A14) und 1,75 Amträt*innen vorgesehen? Handelt es sich um zusätzliche, neu anfallende Aufgaben der Skzl WissForsch?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) bezieht sich auf seine vorherigen Ausführungen zu der Personalsituation in seinem Hause. Im Forschungsbereich sei nur eine zusätzliche Stelle mit der Wertigkeit A12 in dem für den Haushalt zuständigen Referat geplant – bisher sei lediglich ein Mitarbeiter für alle haushaltsrelevanten Aufgaben zuständig. Weitere zusätzliche Stellen seien leider nicht vorgesehen.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Frage sei damit erledigt.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Frage Nr. 82a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wodurch kommen die erhöhten Ausgaben für den Liegenschaftsdienst der BBAW zustande?

Frage Nr. 82b, AfD-Fraktion

TA 2: Wie erklärt sich die Erhöhung des Ansatzes für den Liegenschaftsdienst der Akademie der Wissenschaften?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) antwortet, es handele sich um eine dringend notwendige Dachsanierung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften – BBAW. Er begrüße es sehr, dass die Maßnahme für den Haushalt vorgesehen sei, nachdem bereits jahrelang über diese Notwendigkeit diskutiert werde.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Fragen seien damit erledigt.

Titel 68314 – Förderung von zukunftsorientierten Entwicklungsmaßnahmen

Frage Nr. 83a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Institutionen sind im Programm „Wissen für Berlin“ antragsberechtigt? Wie und durch wen werden inhaltliche Forschungsschwerpunkte festgelegt? Wie bzw. in welcher Form werden zivilgesellschaftliche Akteur*innen und/oder eine interessierte Öffentlichkeit in die durch diesen Titel geförderte Forschungstätigkeit eingebunden?

Wie schätzt der Senat den Mittelbedarf ein und durch welche Institutionen wurden bereits Bedarfe und Forschungsprojekte zur Finanzierung durch diesen Titel angemeldet?

Wir bitten um einen Bericht

Frage Nr. 83b, Fraktion der CDU

Ist die erhebliche Erhöhung der Ansätze 2020 und 2021, jeweils im Vgl. zum Vorjahr, ausschließlich auf das ab 2020 beginnende Forschungsförderprogramm „Wissen für Berlin“ zurückzuführen? Erbeten wird ein Bericht über die im Rahmen des Programms geförderten Vorhaben sowie Schwerpunktbereiche. Wer ist an der Umsetzung des Programms beteiligt und welche Ziele werden verfolgt?

Frage Nr. 83c, AfD-Fraktion

Welche Institutionen, Forschungsvorhaben und Projekte werden durch das Forschungsförderungsprogramm „Wissen für Berlin“ gefördert?

Wo sind die Empfänger angesiedelt (Hochschulen, außeruniversitäre Einrichtungen, etc.)? Bitte um Darstellung der Mittelverwendung für 2018/19 und der Vorhaben für 2020/21. Bitte nach Themenfeldern aufgeschlüsselt darstellen. Wodurch ist die Erhöhung der Ansätze zu erklären? Zu welchem Schwerpunktthema wird die Förderlinie „Wissen schafft Stadt“ ausgeschrieben? Welche Personen mit welcher Funktion sind Mitglied des Gutachtergremiums?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68515 – Förderung der Vorlaufforschung in der angewandten Forschung

Frage Nr. 84a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Projekte sollen hierdurch finanziert werden? Bitte auflisten!

Frage Nr. 84b, Fraktion der CDU

Welche Berechnungen wurden der Festlegung der Ansatzhöhe zugrunde gelegt? Wie viele Projekte sollen gefördert werden? Wer ist am Aufbau der Förderlinie beteiligt?

Frage Nr. 84c, AfD-Fraktion

Bitte um Aufschlüsselung der Mittelverwendung, Nennung der Empfänger. Bitte um Darstellung des Konzeptes zum Aufbau einer themenbasierten Förderlinie für Projekte der Vorlaufforschung zur Entwicklung neuer Geschäftsfelder oder Abteilungen / Institute in Trägerschaft öffentlich gemeinschaftsfinanzierter Einrichtungen der angewandten Forschung im Land Berlin (insbesondere FhG, DLR).

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68516 – Zuschuss zur gezielten Forschungsförderung
in Verbindung mit
Titel 23112 – Zuweisungen des Bundes für konsumtive Zwecke

Frage Nr. 85a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

TA 6:

Welche Wettbewerbe und Leitprojekte sind hier außerdem geplant? Wir bitten um Auflistung aller absehbaren Vorhaben bei Nennung aller bislang absehbaren Mittelempfänger.

Frage Nr. 85b, Fraktion der CDU

Teilansatz 6: Aus welchen Gründen lag der Ansatz für 2019 nur bei 330.000 Euro? Welche weiteren Projekte werden, neben dem Aktionsplan Forschungsmuseen II, aus dem Titel mit finanziert?

Frage Nr. 85c, AfD-Fraktion

TA 1-5: Bitte um Leistungsbericht zur Mittelverwendung. Seit wann bestehen die Förderungen?

TA 6 Anschub- und Kofinanzierung von innovativen Forschungsschwerpunkten: Welche Projekte werden neben dem vom Deutschen Bundestag initiierten Aktionsplan Forschungsmuseen noch gefördert?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) weist darauf hin, dass die Berliner Forschungseinrichtungen und Hochschulen eng miteinander verzahnt seien und miteinander kooperierten. Über den Titel 68516 – Zuschuss zur gezielten Forschungsförderung – sollten insbesondere Vernetzung und Kooperationen weiter unterstützt werden. Die Mittel seien aber auch für die Unterstützung zusätzlicher Anträge der Forschungseinrichtungen vorgesehen – meistens sei im

Bereich Forschungsförderung ein Landesanteil erforderlich. Der Ansatz sei in den vergangenen Jahr sehr erfolgreich für die Unterstützung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen genutzt worden. Ein Teilansatz betreffe die Fortsetzung des Aktionsplans Forschungsmuseen, wobei es insbesondere um die Unterstützung des Museums für Naturkunde gehe.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde weiterhin ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Frage Nr. 86, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

TA 1:

Welche Projekte wurden aus den Mitteln für das IFAF in 2018 und 2019 gefördert?
Wie war der Mittelabfluss in 2018, welcher Mittelabfluss wird für 2019 prognostiziert?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erläutert, der Haushaltsplanentwurf setze die Richtlinien der Regierungspolitik um, wonach die Finanzierung des Instituts für angewandte Forschung Berlin – IFAF – von 2 Mio. Euro auf 4 Mio. Euro erhöht werden solle. Ziel sei die Vernetzung der Fachhochschulen und die Unterstützung der Hochschulen u. a. bei den Anträgen, die auf Bundesebene eingereicht würden, aber ebenso bei der Einrichtung des beabsichtigten Promotionszentrums. Darüber hinaus entscheide ein Gremium im IFAF über die Unterstützung weiterer Projekte in Kooperation mit den Fachhochschulen und regionalen Unternehmen.

Christian Buchholz (AfD) wünscht ergänzend Informationen zur Verwendung der Mittel.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68584 – Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes der Zentralstelle zur Behandlung und Beseitigung radioaktiven Abfalls (ZRA)

Frage Nr. 87, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum sind 1,1 Mio. EUR eingestellt, wenn das Ist 2018 nur 533.000 EUR beträgt.
Die neue Preisliste ist schon ab 1.1.2018 in Kraft.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erläutert, der Betrieb der ZRA werde vorrangig aus den jetzigen Einnahmen auf der Grundlage der geltenden Preisliste finanziert. Kosten, die nicht durch eigene Einnahmen gedeckt seien, seien dem HZB auf Grundlage des derzeit geltenden Geschäftsbesorgungsvertrages vom Land Berlin zu erstatten. Hierbei habe es Veränderungen gegeben, und zwar bezüglich der Preisliste.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Frage sei damit erledigt.

**Titel 68596 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln
(Förderperiode 2014-2020)**

**Titel 27296 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2014-2020)**

Frage Nr. 88, Fraktion der CDU

Wie viele Projekte wurden 2018 sowie im laufenden Jahr 2019 in welcher Höhe und von wem beantragt und bewilligt? Welche Projekte sollen 2020 und 2021 gefördert werden? Worauf ist die Herabsenkung der Ansätze für 2020 und 2021 zurückzuführen?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) antwortet, es gebe bisher 23 bewilligte Projekte mit einer Gesamtmittelbindung von 75 Mio. Euro; davon seien 37,5 Mio. Euro EFRE-Mittel, 9,7 Mio. Euro zusätzliche Landesmittel und 28 Mio. Euro sogenannte Eigenmittel. Elf Projekte seien von Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft, neun Projekte von Instituten der Leibniz-Gemeinschaft, zwei Projekte von Berliner Instituten der Helmholtz-Gemeinschaft und ein Projekt vom Berliner Teil des Deutschen Konsortiums für Translationale Krebsforschung in Kooperation mit der Charité.

Markus Klaer (CDU) erbittet weitere Information zum Verhandlungsstand, welche EFRE-Mittel für die nächste Förderperiode in diesen Doppelhaushalt fielen.

Bernd Lietzau (SKzl) erwidert, die Fördermittel liefen aus. Der Staatssekretär habe soeben die indikative Finanzplanung vorgetragen; damit sei der Ansatz von 40 Mio. Euro für diese Förderperiode komplett erschöpft. – Zum Verhandlungsstand bezüglich der kommenden Förderperiode: Es sei derzeit völlig offen, wie es ab dem Jahr 2021 weitergehen werde. Derzeit sei nicht einmal für Deutschland insgesamt eine Globalsumme seitens der EU genannt. Ob Berlin Mittel erhalte, nachdem es bereits Ziel-2-Gebiet gewesen sei, sei ebenfalls offen. Dies hänge von der Entwicklung der Wirtschaftskraft und der Indikatorenlage auf EU-Ebene ab. Dabei spiele auch der Brexit eine Rolle, d. h. ob die Milliardenbeträge, die bisher aus Großbritannien geflossen seien, durch andere Mittel substituiert würden.

Markus Klaer (CDU) dankt für die Antwort und erklärt, er gehe davon aus, dass Berlin zukünftig keine EFRE-Mittel mehr erhalten werde.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Frage sei damit beantwortet und erledigt.

Titel 89484 – Zuschuss an die Zentralstelle zur Behandlung und Beseitigung radioaktiven Abfalls (ZRA) für Investitionen

Frage Nr. 89, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um detaillierten Bericht über geplante Investitionen bezüglich der ZRA in Höhe von 12 Mio. EUR.

Weitere Fragen:

- Welche Lagerkapazitäten sind aktuell vorhanden und werden dann vorhanden sein?
- Welche Sicherheitsvorgaben werden beim Bau der neuen Lagerhalle berücksichtigt?
- Werden Teile des dann abgeschalteten Forschungsreaktors BERII in der Halle eingelagert werden?
- Bis wann wird das radioaktive Material voraussichtlich in der Halle lagern? Und was ist dann geplant (Endlagerung)?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68560 – Zuschuss an das Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung (Museum für Naturkunde - MfN)

Frage Nr. 90, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Projekte verfolgt das MfN im Bereich Naturbildung? Wie hoch ist der Mitteleinsatz hierfür?

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) erkundigt sich, wie weit die Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung – diesen Bereich unterstütze bzw. ob es weitere Vorhaben gebe.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) führt aus, das Museum für Naturkunde – MfN – erhalte verschiedene Unterstützung seitens des Landes Berlin, neben der laufenden Finanzierung als Leibniz-Institut, die von Bund und Land Berlin gemeinsam getragen werde, eine Sonderfinanzierung für die Grundsanierung. Das MfN sei sehr aktiv bezogen auf Projekte im Bereich Naturbildung und in der aktuellen Debatte zur Klimaforschung eines der Institute, die sich sehr prominent hierzu äußerten und unterstützend tätig seien.

Jährlich gebe es über 2 500 Führungen und Kurse für Kitas, Schulklassen und Erwachsene. Es fänden kostenfreie Fortbildungen für Lehrkräfte, Erzieher und Studierende zu den Themen Stadtökologie und Klimawandel, Evolution des Menschen und Museum als außerschulischer Lernort statt. Es existierten viele Programme zu ersten Natur- und Museumserfahrungen für Kitakinder und Grundschüler im Rahmen des Bildungsbündnisses mit dem Weddinger Brunnenkiez. Insgesamt seien es rund 20 Kitas, die mit dem MfN zusammenarbeiteten. Es gebe Naturexkursionen für Schulklassen, Willkommensklassen und Familien und feste Schulpartnerschaften mit Berliner Schulen, die in den nächsten Jahren noch deutlich ausgebaut werden

sollten. Hinzuweisen sei im Weiteren auf die vom MfN entwickelte App „Stadtnatur entdecken“, die bereits über 200 000 Downloads zu verzeichnen habe, das Freiwillige Ökologische Jahr am Museum für Naturkunde und die Tatsache, dass etliche Besucher das Museum vergünstigt oder sogar kostenfrei besuchen könnten. Darüber hinaus existierten viele Kooperationen mit Hochschulen, und es werde das Schülerlabornetzwerk „GenaU“ unterstützt.

Auf die Frage von **Dr. Turgut Altuğ** (GRÜNE) nach der Höhe des Mitteleinsatzes erklärt **Staatssekretär Steffen Krach** (SKzI), der Zuschuss von Bund und Land für den laufenden Betrieb des MfN liege bei rund 17 Mio. Euro. Alle genannten Maßnahmen würden aus diesem Zuschuss finanziert bis auf eine Sonderfinanzierung für den Aktionsplan Museum.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Frage sei damit beantwortet und erledigt.

Titel 68583 – Zuschuss an die Geisteswissenschaftlichen Zentren

Frage Nr. 91, Fraktion der CDU

Erbeten wird eine Begründung der Ansatzserhöhung für die Jahre 2020 und 2021. Wie viele der für 2019 angesetzten Mittel sind im laufenden Jahr bereits abgeflossen und wofür wurden die Mittel verwendet?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 89461 – Zuschuss an das Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung (MfN) zur Herrichtung des Nordflügels und Campus MfN

Frage Nr. 92, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wann liegt die genannte Verwaltungsvereinbarung voraussichtlich vor? Wie stellt der Senat sicher, dass eventuelle Mehrkosten vermieden und keinesfalls einseitig durch das Land getragen werden?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzI) beantwortet die Frage. Man befinde sich derzeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung in den Endverhandlungen bezüglich der Verwaltungsvereinbarung und gehe davon aus, dass die Vereinbarung im September vorliegen werde. Es bestehe zwischen Bund und Land Einigkeit, dass die Summe von 660 Mio. Euro, die für die Sanierung zur Verfügung gestellt werden solle, gedeckelt sei und es keine einseitige Pflicht gebe, Mehrkosten zu tragen. Man werde vereinbaren, dass das MfN sukzessive saniert werde. Dies habe zur Folge, dass reagiert werden könne, falls sich abzeichnete, dass die Kosten für einzelne Bauabschnitt deutlich stiegen. Man sei der Meinung, dass die Konzepte zur Sanierung des Museums mit dem geplanten Finanzvolumen umzusetzen seien.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Frage sei damit beantwortet und erledigt.

MG 03

Titel 68538 – Zuschuss an das Helmholtz-Zentrum Berlin für Material und Energie
Titel 89364 – Zuschuss an das Helmholtz-Zentrum Berlin für Material und Energie für Investitionen

Frage Nr. 93, Fraktion der CDU

Wie hoch sind die prognostizierten Betriebs- und Investitionsausgaben des Helmholtz-Zentrums Berlin für 2020 sowie 2021 und in welchem Verhältnis stehen die Zuwendungen des Landes Berlin zu den Gesamtkosten?

Wie ist der Umsetzungsstand/Zeitplan zur Stilllegung und zum Rückbau der Neutronenquelle BER II? Welche Schwerpunktsetzung liegt den Plänen zur Weiterentwicklung des Campus Wannsee nach Abschaltung des BER II zugrunde? Welche Auswirkungen ergeben sich auf den Personalbestand sowie den Flächenbedarf? Welche Kapazitätserweiterungen sind an den Standorten Adlershof und Wannsee geplant? Welche Kooperationsverträge mit anderen Einrichtungen werden angestrebt?

Welche laufenden Investitionen und Ausbauminvestitionen werden aus dem Titel 89364 finanziert? Wie viele Mittel sind für welche Investitionsmaßnahmen im laufenden Jahr 2019 abgeflossen? Welche zusätzlichen Investitionsmaßnahmen sollen 2020 aus diesem Titel finanziert werden? Warum liegen die Ansätze für 2019 und 2021 deutlich unter dem Ansatz für 2020 sowie dem Ist 2018?

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68538 – Zuschuss an das Helmholtz-Zentrum Berlin für Material und Energie
Titel 89364 – Zuschuss an das Helmholtz-Zentrum Berlin für Material und Energie für Investitionen

Frage Nr. 94a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Bericht zur geplanten Stilllegung des BER II

- In welchen Schritten ist die Stilllegung geplant?
- Wie ist der Stand der vorgeschriebenen Öffentlichkeitsbeteiligung?
- Welche Auswirkungen hat die Stilllegung auf Beschäftigte, Forschungsstandort mit Hochfeldmagnet in Wannsee und Anwohner*innen im Stilllegungsprozess? Was ist seitens des HZB zukünftig am Standort Wannsee geplant?
- Wie wirkt sich die Stilllegung auf den DHH 20/21 aus?

Weitere Fragen:

Warum liegt der Wirtschaftsplan des HZB 20/21 noch nicht vor?

Bitte um Aufschlüsselung der laufenden Investitionen & Ausbauminvestitionen (Titel 89364).

Frage Nr. 94b, AfD-Fraktion

Bericht über die angestrebte Campus-Erweiterung am Standort Adlershof, Finanzierungsplan und Zeitplan, bereitgestellte Mittel von Bund und Land.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht erwünscht.

Titel 68576 – Zuschuss an das Max-Delbrück-Centrum

Frage Nr. 95, Fraktion der CDU

Womit ist die im Hinblick auf das Ist 2018 signifikante Absenkung der Zuschüsse an das MDC, die sich in den Ansätzen für 2020 und 2021 niederschlägt, zu erklären? Wodurch werden die wegfallenden Einnahmen kompensiert?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erläutert, das Max-Delbrück-Centrum – MDC – habe im Jahr 2019 in seinem Haushalt eine Umgliederung von Betriebsmitteln hin zu laufenden Investitionen in Höhe von 713 000 Euro vorgenommen. Diese technische Umsetzung sei von dem Institut zuvor mit den Zuwendungsgebern Bund und Land Berlin abgesprochen worden.

Martin Trefzer (AfD) fragt nach der aktuellen Personalsituation am MDC nach dem Weggang des Vorstandsvorsitzenden Martin Lohse.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erklärt, Thomas Sommer sei kommissarischer Leiter des MDC und dies zur großen Zufriedenheit. Die Qualität des Instituts sei mithin gewährleistet. Bund und Land als Zuwendungsgeber würden eine Findungskommission einsetzen, um ohne Druck die bestmögliche Lösung für die Leitung des MDC zu suchen.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Frage sei damit erledigt.

Titel 68546 – Zuschüsse an fächerübergreifende Organisationen in Wissenschaft und Forschung

Frage Nr. 96, AfD-Fraktion

Bitte um Erläuterung zum „Zukunftspakt Fraunhofer“

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erläutert, in dem Titel seien die Mittel für die Fraunhofer-Gesellschaft veranschlagt; ein extra Titel für investive Maßnahmen sei nicht vorgesehen. Aktuell gebe es vier Fraunhofer-Institute in Berlin, es bestehe aber das Ziel, weitere Institute nach Berlin zu holen. Diese Zielsetzung solle über den Titel „Vorlauffinanzierung“ unterstützt werden.

Vorsitzender Martin Trefzer hält fest, die Frage sei damit beantwortet und erledigt.

Kapitel 0391 – Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Es liegen keine Wortmeldungen, Fragen oder Berichtsanträge vor.

Schlussbemerkungen

Vorsitzender Martin Trefzer stellt fest, dass die Senatskanzlei gebeten werde, dem Ausschuss die angeforderten Berichte bis zum 11. September 2019 über die Vorsitzende des Hauptausschusses vorzulegen. Die Fraktionen würden gebeten, ihre Änderungsanträge bis Mittwoch, den 18. September 2019, 12.00 Uhr, dem Ausschussbüro zu übermitteln.

Der **Ausschuss** beschließt einvernehmlich die Berichtsaufträge gemäß Anlage 2 des Beschlussprotokolls. Er vertagt einvernehmlich TOP 3 zur zweiten Lesung am Montag, dem 23. September 2019.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.